

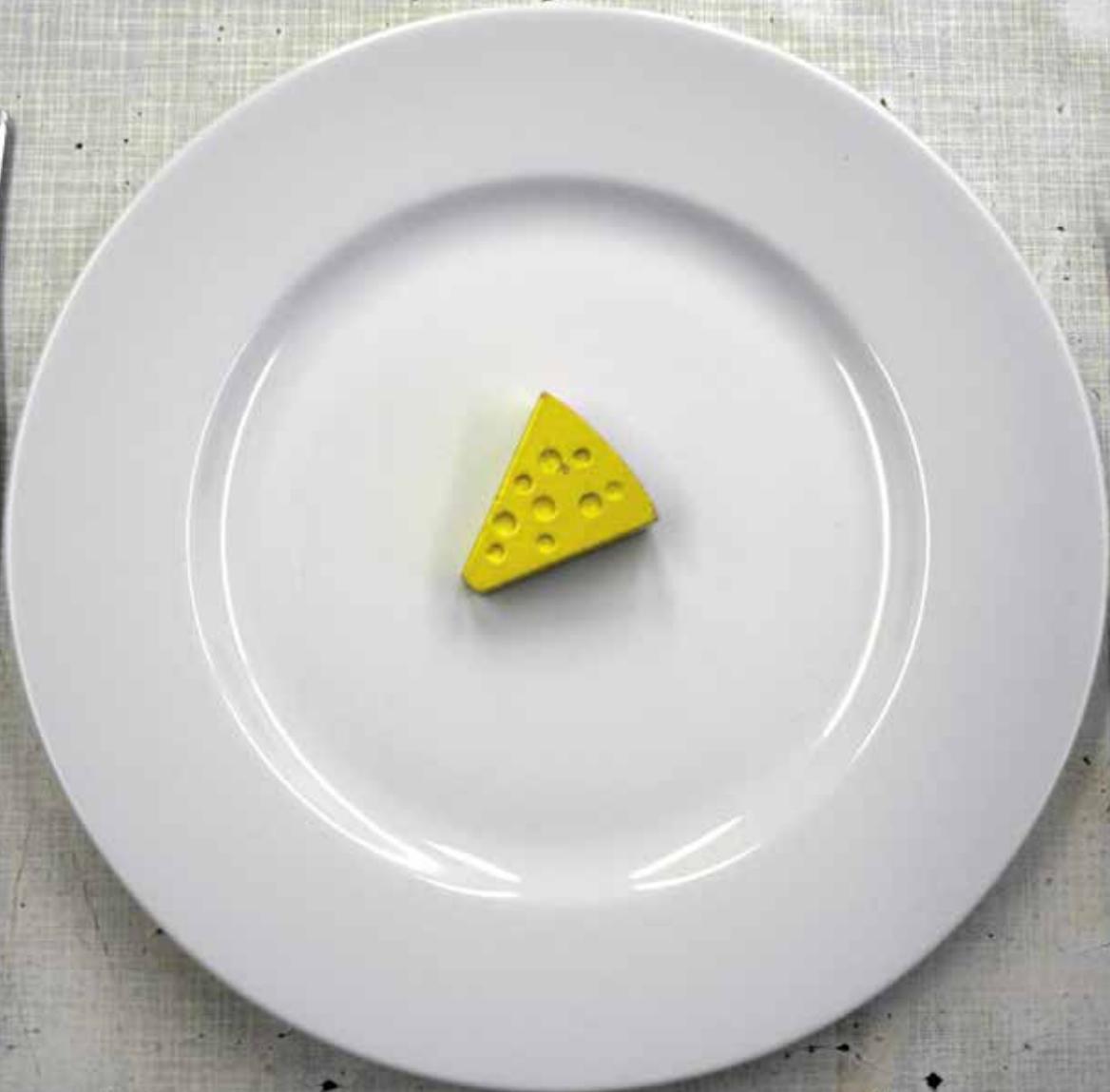
5-2016

# nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Inklusive Schulentwicklungsplanung  
G8: Die Wut des Bildungsbürgertums  
Demokratielernen mit Urban Gardening  
Tarifabschluss im öffentlichen Dienst  
Gewerkschaftstag 2016: Rückblick  
Hochschularbeit: Gut aufgestellt

## Sparkurs? Bildung braucht mehr.



K 5141 68. Jahrgang Mai 2016 ISSN 0720-9673



## PERSONALRATSWAHLEN 2016

# GEW-Personalräte kämpfen für mehr Stellen

Bis vor Kurzem war man sich noch sicher, dass die demografische Entwicklung eine dauerhafte und deutliche Absenkung der SchülerInnenzahl mit sich bringt – die Landesregierung sah hier ein willkommenes Einsparpotenzial. Diese Prognose war für die GEW NRW immer Anlass, sich dafür einzusetzen, dass trotz SchülerInnenrückgangs die Stellen für die Lehrkräfte im System bleiben und der Erhalt der Stellen für bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen genutzt werden sollte. Schließlich gibt es genügend Herausforderungen an den Schulen, für deren Gestaltung wir dringend mehr Personal benötigen. Das Versprechen der Landesregierung, die Stellen im System zu erhalten, muss auch nach 2017 gelten.

### MEHR STELLEN FÜR INKLUSION

Die Annahme, dass die SchülerInnenzahlen zurückgehen werden, ist inzwischen überholt: Durch Zuwanderung und den weniger starken Rückgang entwickeln sich die Vorhersagen und auch die Verhältnisse in den Schulen vollkommen anders. Es werden keine Stellen frei. Im Gegenteil: Im laufenden Schuljahr mussten sogar neue Stellen zur Deckung des Grundbedarfs und zur Beschulung der geflüchteten und neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen geschaffen werden. Die GEW NRW fordert weitere 7.000 Stellen für die Inklusion, unter anderem zur Durchsetzung von kleineren Klassen und der Doppelbesetzung.

### VERTRETUNGSRESERVE SCHAFFEN

In dieser Stellenforderung noch nicht enthalten: die Stellen, die die Bildungsgewerkschaft für eine wirksame Vertretungsreserve in Höhe von sieben Prozent für jede Schule fordert. Die im Haushalt eingestellten 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung reichen nicht aus. Zudem besteht

zunehmend die Gefahr, dass sie als „Verfügungsmasse“ verwendet werden für alles, was unter der Überschrift individuelle Förderung verstanden werden kann, wie Teach first oder die Arbeit von Schulen im Netzwerk Zukunftsschulen NRW. (früher: „Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben“). Zu oft kommen die Stunden, die jeder Schule zugewiesen werden müssten, nicht bei den KollegInnen an, zum Beispiel in Form einer Vertretungsreserve. Die Reduzierung der Mehrarbeit und die Schaffung von möglichst unbefristeten Arbeitsverhältnissen sind weitere zentrale Forderungen der GEW NRW.

## Gewerkschaft wirkt

Die Personalratswahlen sind angelaufen, Sie sollten Ihre Wahlunterlagen bereits in den Händen halten. Nutzen Sie bis zum 15. Juni Ihr Recht, KollegInnen in den Personalrat zu wählen. Die Entscheidung, wer Ihre Interessen in den kommenden vier Jahren gegenüber der Dienststelle vertritt, ist viel zu wichtig, um sie anderen zu überlassen. Es geht um Ihre Rechte. Bestimmen Sie mit. Bei den KandidatInnen der GEW NRW können Sie sicher sein: Gewerkschaft wirkt!



**Maïke Finnern**

Vorsitzende der Personalratswahlkampfkommission  
der GEW NRW

## Mehr Demokratie – mehr Staatsausgaben

Über wie viel Geld soll der Staat verfügen? Wie hoch soll sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt, soll die Staatsquote sein? Für die Neoliberalen ist die Sache klar: Ihr Pionier Friedrich August von Hayek fordert in seinem Aufsatz „Wohin zieht die Demokratie?“, eine vom Parlament getrennte Einrichtung solle der Regierung fest begrenzte Mittel zuteilen, damit der Staatsanteil unabhängig sei von den „schwankenden Moden und Leidenschaften einer wandelbaren Masse“. Die Demokratie neige dazu, in eine „totalitäre Demokratie“ auszuarten. Das Unbehagen gegenüber einer hohen Staatsquote als Ausdruck von „totalitärer Demokratie“ besteht darin, dass der Staat in Form einer kollektiven Willensbildung Einkommen zuteilt und mit seiner Nachfrage maßgeblich darüber mitentscheidet, was und für wen produziert wird. Das soll nicht sein, denn damit könnte die Mehrheit der Bevölkerung der Unternehmerschaft als Minderheit ihren Willen aufzwingen. Exkanzler Helmut Kohl war sich sicher: „Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus.“

### Wenn der Staat sich aus der Verantwortung stiehlt

Dieser Parole von der schleichenden Sozialisierung folgen die unterschiedlichen Regierungen seit rund 40 Jahren. In Deutschland stieg die Staatsquote von 31,1 Prozent im Jahr 1950 auf 54,7 Prozent im Jahr 1995. 2014 waren es nur noch 44,3 Prozent. Hierbei beträgt 2014 der Anteil der Gebietskörperschaften am Bruttoinlandsprodukt 25,3 Prozent, der Anteil der Sozialversicherungen beläuft sich auf 19 Prozent. Eine geringere Staatsquote bedeutet dann, dass die gesetzliche Sozialversicherung abgelöst wird von privaten Versicherungen, etwa von der Riester-Rente, und dass die Gebietskörperschaften staatliche Aufgaben an private Unternehmen abtreten. Ein Beispiel hierfür sind die privaten Unternehmen für Nachhilfe oder Hausaufgabenbetreuung: Sie tun das, wofür eigentlich die Schulen da sind, die aber aus Personalmangel ihren Aufgaben nicht vollständig nachkommen können. Weniger Staatsquote bedeutet – allgemein gesprochen – weniger Sozialstaat.

Politisch durchgesetzt wird die niedrigere Staatsquote, indem die Parlamente niedrigere Staatseinnahmen beschließen. Das bedeutet geringere Unternehmenssteuern, keine Vermögenssteuer und einen geringeren Spitzensteuersatz für hohe Einkommen privater Haushalte. Das soll wohl das Totalitäre an der Demokratie beschränken. Die öffentlichen Kassen sind eben leer! Verschulden soll sich der Staat auch nicht, denn das wäre Versündigung an den Kindern! Deswegen muss eine Schuldenbremse her – und für die EU dasselbe als Fiskalpakt. Dabei gibt es in der Wirtschaftswissenschaft eine lange Tradition, die die Geldversorgung nicht gründen will auf Schulden des Unternehmenssektors oder des Auslands bei der Zentralbank, das heißt Devisen, sondern auf zinslose Kredite der Zentralbank an den Staat. Die Europäische Zentralbank betreibt gegenwärtig eine solche Politik, wenngleich sehr verdruckt, weil sie im Grunde satzungswidrig Staatsdefizite finanziert.

### Gute Bildung lässt sich nicht kleinrechnen

Die sinkende Bevölkerungszahl soll als Demografiedividende ein weiteres Argument für weniger Staatsausgaben liefern. PolitikerInnen mit Kenntnissen in der Dreisatzrechnung veranschlagen nun weniger Ausgaben für das Erziehungswesen. Falls eine demografische Rendite überhaupt noch existiert, ist dieses Sparkonzept aus zwei Gründen Unsinn: Oft müssen die öffentlichen Ausgaben je tausend EinwohnerInnen bei sinkender EinwohnerInnenzahl ansteigen. Das ist beispielsweise so bei der ärztlichen Versorgung, aber auch bei Schulen und Kindergärten. Diese Einrichtungen lassen sich nicht einfach zusammenlegen. Dann werden Wege zu lang. Wenn aber tatsächlich Geld frei wird, kann Schule ihre Leistungen verbessern: kleinere Klassen, kein Unterrichtsausfall wegen Krankheit, jede Form von Nachhilfe in der Schule – dort, wo es ausgebildete PädagogInnen gibt. //



*Prof. Dr. Herbert Schui  
Professor für Volkswirtschaftslehre; Mitbegründer  
der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*

## THEMA

### Sparkurs?

#### Bildung braucht mehr.

„Sparzwänge“ im Bildungsbereich: Muss das sein?	17
Demografische Rendite: Vom Ende einer Hoffnung	20
Expertenmeinung: Bildung auf Sparflamme?	22
Mehr in Bildung investieren: Härtere Zeiten nach harten Zeiten?	24



S. 17



S. 8

## BILDUNG

Schulentwicklungsplanung in Duisburg: Vom Spielbrett zur inklusiven Planung	8
Landtagsfraktionen auf dem Prüfstand: Wahlkampfthema Bildung	10
Debatte um G8: Die Wut des Bildungsbürgertums	11
Umfrage der SchülerInnenvertretung der Erich-Fried-Gesamtschule Herne: SchülerInnen unter Stress und Überforderung	12
Urban Gardening: Demokratie wachsen lassen	14
Kongress gegen Rechts 2016 des DGB NRW: Solidarität statt Rechtsruck	16

## ARBEITSPLATZ

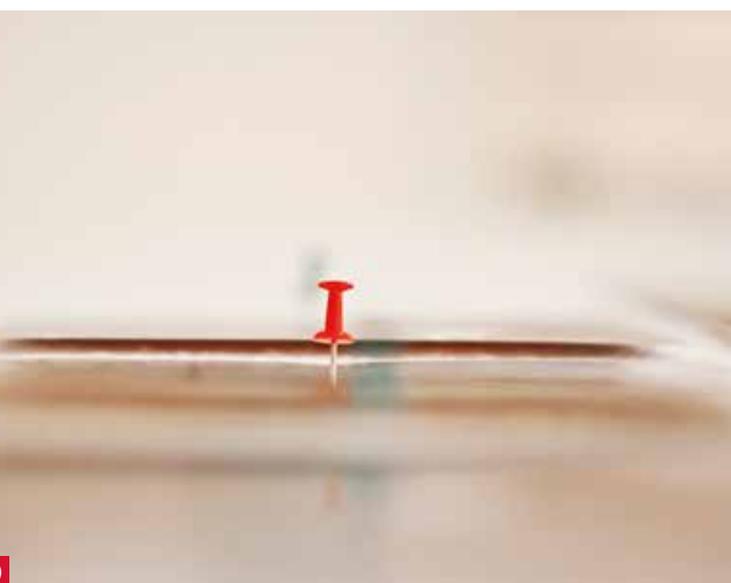
Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen: Gute Streikbeteiligung – guter Kompromiss	25
Gewerkschaftstag 2016: Gewerkschaft wirkt.	26
Leitthema des Gewerkschaftstags „Handeln gegen Rechtspopulismus“: Erziehung zu Gleichwertigkeit	28
GEW-Hochschulinformationsbüros in NRW: Richtig gut aufgestellt	30

## IMMER IM HEFT

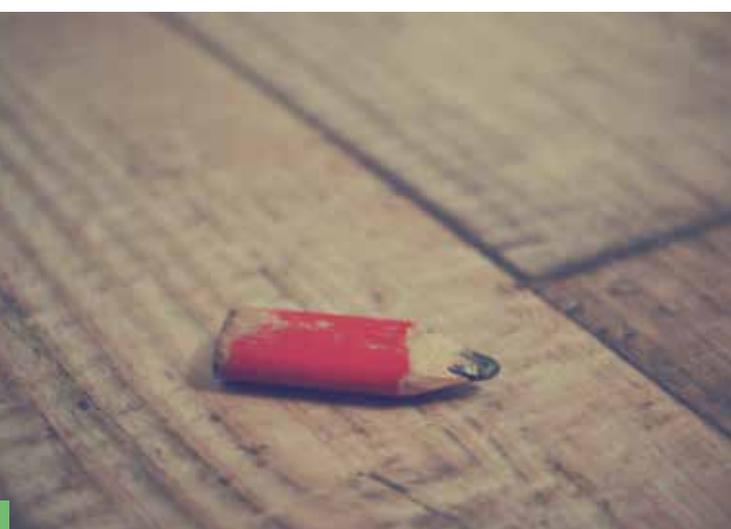
nachrichten	6
weiterbildung	32
jubilare	33
infothek	34
termine	38
impresum	39



S. 25



S. 30



S. 12

## Befristete Beschäftigung im öffentlichen Dienst

### Befristungsanteile nach Alter, Bildung und Geschlecht (Auszug, in Prozent)

	PRIVATWIRTSCHAFT		ÖFFENTLICHER DIENST	
	Gesamt	Gesamt	BeamtInnen	ArbeitnehmerInnen
15-24 Jahre	20,8	23,7	10,3	25,8
25-34 Jahre	10,5	22,8	8,1	28,3
35-44 Jahre	6,5	8,4	1,9	11,7
45-54 Jahre	4,6	4,1	0,5	5,4
55 Jahre oder älter	3,8	2,6	0,9	3,3
weiblich	7,8	8,6	2,3	10,6
männlich	6,6	8,4	2,5	11,9
ohne beruflichen Abschluss	11,8	11,4	8,2	11,7
mit beruflichen Abschluss	6,4	8,4	2,3	11,0
Hochschulabschluss	9,0	14,3	3,0	27,6
Promotion	10,9	28,2	6,8	39,1
Gesamt	7,1	8,5	2,4	11,0

Quelle: IAB-Forschungsbericht 12/2015; Mikrozensus 2014, hochgerechnete Werte

Im Fokus der Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) standen Ausmaß, Entwicklung und Struktur befristeter Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Im Beobachtungszeitraum von 2004 bis 2014 wurde unter anderem festgestellt: Bei gemeinsamer Betrachtung von BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen sind die Befristungsanteile in den Kommunen am höchsten. Der Befristungsanteil von ArbeitnehmerInnen unter 35 Jahren ist mehr als doppelt so hoch wie in den übrigen Altersgruppen. Generell liegt das Niveau befristeter Arbeitsverträge in der Wissenschaft deutlich über dem des restlichen öffentlichen Dienstes. Die Untersuchung zeigt insgesamt, dass befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst eine größere Rolle spielen als in der Privatwirtschaft. *krü/IAB*



#### Gerecht verteilen

DGB-Referatsleiter Robby Riedel nimmt in der GEGENBLLENDE die Verteilungssituation in Deutschland auseinander und erläutert das Problem der Ungleichheit sowie die damit verbundenen Konsequenzen für Gesellschaft, Demokratie und Wirtschaft.

#### Bildung für alle

Im Interview mit dem Magazin Mitbestimmung berichtet die stellvertretende Vorsitzende des DGB Elke Hannack von ihrem Verhältnis zur CDU, betont die Wichtigkeit der Mitbestimmung und unterstreicht, dass Bildung für alle offenstehen muss.

#### Bildung im Aufbau

„Noch nie wurde so viel Geld für Bildung ausgegeben wie heute“ – das betont die Politik gern. In absoluten Zahlen mag das stimmen, doch was steckt hinter den Millionen? GEW-Organisationsbereichsleiter Ansgar Klinger verrät im Interview mit den NachDenkSeiten, was die GEW-Studie „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand“ herausgefunden hat.

### Personalratstour

Im Vorfeld der Personalratswahlen im Juni 2016 kam der Vorsitzende des DGB NRW, Andreas Meyer-Lauber, im Rahmen seiner unterstützenden Personalratstour unter anderem mit GEW-VertreterInnen der Hauptpersonalräte im Schulbereich ins Gespräch. Mit der Tour unterstrich der DGB-NRW-Chef: „Auch im öffentlichen Dienst müssen die Beschäftigten ihre Rechte durchsetzen und schützen. Dazu brauchen sie starke Personalräte“. [www.nrw.dgb.de/oeffentlicherdienst/personalratswahlen](http://www.nrw.dgb.de/oeffentlicherdienst/personalratswahlen) *krü*

### Geschichte

Mit dem neuen Portal [www.gewerkschaftsgeschichte.de](http://www.gewerkschaftsgeschichte.de) steht jetzt umfassend die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Netz. Die Hans-Böckler-Stiftung macht in Kooperation mit dem Archiv der sozialen Demokratie Geschichte multimedial und interaktiv erfahrbar: Hunderte historische Fotos und Dokumente, originale Tonaufnahmen und Videos sowie persönliche Geschichten zahlreicher GewerkschafterInnen warten auf die NutzerInnen. *krü/hbs*

### Große Tarifaktion der GEW NRW

Die GEW fordert weiterhin eine bessere Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte. Der Deutsche Beamtenbund hat vor einem Jahr mit den Arbeitgebern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, einen unzureichenden Tarifvertrag abgeschlossen, den die GEW nicht unterschrieben hat, da er die zentralen Forderungen der Bildungsgewerkschaft nicht erfüllt. Für eine gerechte Bezahlung bleibt die GEW weiter am Ball! Gemeinsam fordern wir die NRW-Landesregierung dazu auf, ihre Verantwortung gegenüber den Tarifbeschäftigten endlich ernst zu nehmen und sich auf Bundesebene für sie einzusetzen! Die Aktion mit Redebeiträgen unter anderem von der GEW-Landesvorsitzenden Dorothea Schäfer findet am **8. Juni 2016 ab 15.00 Uhr** in Düsseldorf auf der Landtagswiese statt. Alle Lehrkräfte, egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, sind dazu aufgefordert teilzunehmen. Gerne auch gemeinsam mit Klassen oder Kursen – Tarifpolitik hautnah erleben! Zur besseren Planung bitten wir um Anmeldung mit Angabe der Personenzahl an [susanne.lange@gew-nrw.de](mailto:susanne.lange@gew-nrw.de). *abe*

### Unterschriften gegen Belastung

Im Rahmen der Kampagne „Belastung senken – GrundschullehrerInnen gerecht bezahlen“, die vom Fachgruppenausschuss Grundschule der GEW NRW landesweit koordiniert wird, haben VertreterInnen der GEW Münster eine Liste mit 401 Unterschriften von Lehrkräften an 34 Grundschulen an die Münsteraner Landtagsabgeordnete und nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze überreicht. Damit unterstützen über 50 Prozent der GrundschullehrerInnen in Münster die Forderungen der GEW NRW: Anrechnungsstunden für alle Lehrerräte und Ansprechpartnerinnen für Gleichstellung, mindestens zehn Anrechnungsstunden pro Grundschule als Sockel plus weitere Stunden je nach Schulgröße und eine Bezahlung nach A13/EG13 für alle Grundschullehrkräfte. „Die nur noch historisch zu begründende schlechtere Besoldung der Grundschullehrkräfte empfinden wir als fehlende Wertschätzung unserer Arbeit“, heißt es in der Resolution. *bp*

## Systematische Entwicklung

Nach dem Erfolg der 18 Grundschulen aus Essen und Mülheim an der Ruhr, die bereits seit 2014 an der RuhrFutur-Maßnahme „Systematische Grundschulentwicklung“ teilnehmen, machten sich jetzt 28 weitere Grundschulen aus den fünf RuhrFutur-Kommunen Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Herten und Mülheim an der Ruhr gemeinsam auf den Weg, die Qualität ihres Unterrichts nachhaltig zu verbessern. Erfahrene SchulentwicklungsberaterInnen unterstützen die Schulen in den nächsten zwei Jahren dabei, sich unter anderem mit Fragen der Unterrichtsgestaltung, des Lernklimas und des Umgangs mit heterogenen Klassen auseinanderzusetzen. Aber auch Themen wie Ganzttag, Ressourcenplanung und Personaleinsatz stehen auf der Agenda der Schulleitungen und Lehrkräfte. [www.tinyurl.com/RuhrFutur-Grundschule](http://www.tinyurl.com/RuhrFutur-Grundschule) *krü/RuhrFutur*

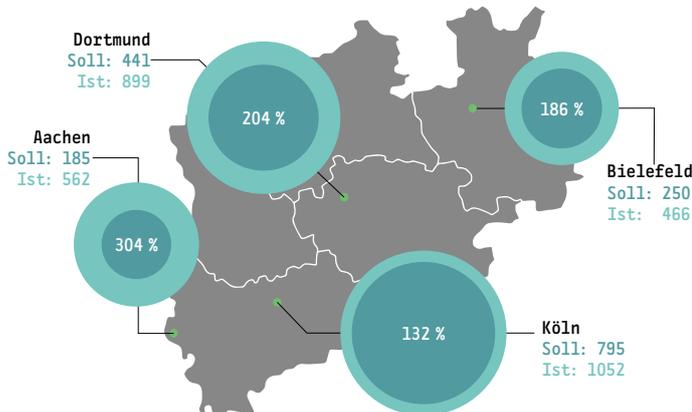
## SchulabgängerInnen ohne Abschluss

Im Sommer 2015 gingen in NRW 11.054 SchülerInnen ohne Hauptschulabschluss von einer allgemeinbildenden Schule ab, das waren 5,5 Prozent weniger als 2014. Der Anteil der SchülerInnen ohne Hauptschulabschluss an allen SchulabgängerInnen sank 2015 auf 5,3 Prozent (2014: 5,5 Prozent). 6,2 Prozent der männlichen und 4,5 Prozent der weiblichen AbgängerInnen verließen im Sommer 2015 ohne Hauptschulabschluss die Schule. *krü/IT.NRW*

## Minderjährige Geflüchtete in NRW

Seit 1. November 2015 werden unbegleitete minderjährige Geflüchtete gleichmäßig auf Bundesländer und Kommunen verteilt. Aktuell leben rund 67.500 junge Geflüchtete in Deutschland, die ohne Eltern oder Sorgeberechtigte eingereist sind. 13.100 von ihnen sind in NRW untergebracht (19,5 Prozent). Das Bundesland erfüllt damit rund 92 Prozent der nach Königsteiner Schlüssel festgelegten Aufnahmequote und gehört zu den Ländern, die weitere unbegleitete Minderjährige aufnehmen. Die Schließung der Balkanroute macht sich jedoch auch in NRW bemerkbar: Während im November 2015 noch rund 2.400 junge Menschen untergebracht werden mussten, waren es im März 2016 nur noch rund 600. Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen, die Jugendämter in NRW unterbringen, sind männlich (92 Prozent). Über 80 Prozent stammen aus Afghanistan (42 Prozent), Syrien (28 Prozent) oder dem Irak (11 Prozent). *krü/LVR*

### Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in NRW



Soll: Aufnahmeflicht; Ist: Bereits aufgenommen; Prozentangabe: Quotenerfüllung

Quelle: Landschaftsverband Rheinland (LVR)

## Mitbestimmung positiv bewertet

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) hat 1.904 Erwerbstätige zum Thema „Mitbestimmung“ befragt: Die Bewertungen sind im Durchschnitt ausgesprochen positiv. Nur knapp 13 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Mitbestimmung falsch sei, weil sie die Rechte der ArbeitgeberInnen einschränke. 62 Prozent der Befragten sind der Auffassung, ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen sollten gleichviel Einfluss haben. Vor allem gewerkschaftlich organisierte ArbeitnehmerInnen weisen eine überdurchschnittlich positive Einstellung auf, ArbeitgeberInnen mit mindestens fünf Beschäftigten hingegen haben zum Teil eine ablehnende Einstellung. [www.tinyurl.com/WSI-Mitbestimmung](http://www.tinyurl.com/WSI-Mitbestimmung) *krü/WSI*

### Einstellungen zu Mitbestimmung nach Erwerbsposition und Qualifikation (Auszug, in Prozent)

	Mitbestimmung ist falsch	Angestellte sollten gleich viel oder mehr Einfluss haben
ArbeiterInnen (FacharbeiterInnen, MeisterInnen etc.)	18,3	75,9
Angestellte (qualifiziert, hochqualifiziert)	9,2	66,9
Angestellte (leitende)	11,1	56,5
Auszubildende (betrieblich)	10,2	60,7
FreiberuflerInnen/Selbstständige mit min. 5 Beschäftigten	36,2	36,8
keine Hochschulreife	16,6	70,8
Hochschulreife	9,5	59,7
n	1.885	1.871

Quelle: WSI Mitteilung 3/2016; Werner Nienhüser, Esther Glück und Heiko Hoßfeld

## Lehrerstellen für SoR – SmC

Für eine Tätigkeit in der Landeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC) sollen zwei neue Lehrkräfte – angesiedelt bei der Landeskoordination der Kommunalen Integrationszentren (LaKI) in Dortmund – gewonnen werden. Zudem wird eine Stelle beim DGB-Bildungswerk NRW in Düsseldorf e.V. neu besetzt. SoR – SmC ist ein landesweites Netzwerk von SchülerInnen, für das die Landesregierung drei halbe Stellen aus dem Schulbereich zur Verfügung stellt. Aktuell unterstützen Renate Bonow und Julia Kilian Schulen auf ihrem Weg, eine Courage-Schule zu werden und bieten zahlreiche Veranstaltungen an. So konnten in diesem Schuljahr bei Landes-, Regional- und Lokaltreffen bereits über 700 Aktive der Netzwerkschulen ihre Weiterarbeit in Workshops zu verschiedenen Themen der diversitätssensiblen Bildungsarbeit diskutieren und gemeinsame Aktionen planen. In Rundbriefen und auf der Facebook-Seite der Landeskoordination werden die Aktivitäten der Courage-Schulen dokumentiert. Zum Aufgabenprofil gehört die Mitarbeit in der Geschäftsstelle der Landeskoordination, die Beratung und Betreuung von Schulen und die Organisation von Titelverleihungen. Die Stelle beim DGB-Bildungswerk NRW e.V. dient dazu, Fortbildungsprogramme für LehrerInnen zu entwickeln. Neben zentral angebotenen Seminaren werden zunehmend Inhouse-Veranstaltungen mit Bildungseinrichtungen vereinbart. Weitere Informationen zur Mitarbeit in der Geschäftsstelle des DGB-Bildungswerks NRW e.V. zur Unterstützung von SoR – SmC durch Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte erteilen telefonisch und per E-Mail: Renate Bonow, 02931-8252 14, [renate.bonow@bra.nrw.de](mailto:renate.bonow@bra.nrw.de); Julia Kilian, 02931-8252 09, [julia.kilian@bra.nrw.de](mailto:julia.kilian@bra.nrw.de) und Manfred Diekenbrock, 0211-17523 182, [mdiekenbrock@dgb-bildungswerk-nrw.de](mailto:mdiekenbrock@dgb-bildungswerk-nrw.de). [www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org) *Manfred Diekenbrock*

## Schulentwicklungsplanung in Duisburg

# Vom Spielbrett zur inklusiven Planung

Die Umsetzung von Inklusion stellt Schulen und kommunale Schulträger vor komplexe Herausforderungen. Mit Hilfe von Planspielen versucht die Stadt Duisburg, eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion anzustoßen. Wie funktionieren Planspiele und wie können sie sinnvoll in der Schulentwicklungsplanung eingesetzt werden?



Foto: ebednarek / fotolia.com

Der Anspruch an schulische Inklusion gemäß dem 2013 beschlossenen 9. Schulrechtsänderungsgesetz sieht vor, dass Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf – unter der Maßgabe des Elternwunsches – eine Regelschule besuchen können. Die Herausforderungen, eine erfolgreiche Inklusion sicherzustellen, sind vielfältig: Sie umfassen pädagogische Aspekte, Aspekte der sächlichen und personellen Ausstattung der Schulen sowie verwaltungstechnische Aspekte wie die Empfehlung und Zuweisung von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf. Hinzu kommen schulplanerische Aspekte wie die (Weiter-)Entwicklung und gegebenenfalls die Schließung von Förderschulen sowie der Aus- und Umbau von Regelschulen. Hier zeigt sich: Eine Vielzahl von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Fragestellungen ist in die Gestaltung und Planung der schulischen Inklusion einzubinden. Um erfolgreich und nachhaltig planen zu können, ist eine möglichst genaue Kenntnis der Rahmenbedingungen und der konkreten Bedarfslage vor Ort notwendig.

## Übersicht verschaffen – Informationen sammeln im Planspiel

Der Duisburger Planungsprozess begann daher mit einer Bestandsaufnahme im Hinblick auf die weiteren Schritte in Richtung einer inklusiven Schullandschaft. Als Planungsinstrument wurden dafür Planspiele durchgeführt, die unter dem Dach von sogenannten Regionalen Planungsforen stattfanden. Vier solcher Planungsforen wurden eingerichtet, die sich jeweils auf ein Teilgebiet der Stadt bezogen. Die TeilnehmerInnen der Planungsforen und damit „SpielerInnen“ der Planspiele waren Schulleitungen der

jeweiligen lokalen Schulen sowie VertreterInnen der Schulaufsicht, der Bezirksregierung und der Stadtverwaltung.

Die Planspiele brachten diese Personen an einen „(Spiel-)Tisch“ mit dem Ziel, zunächst gemeinsam die bestehende (inklusive) Schullandschaft zu erschließen. Darauf aufbauend sollten verschiedene Szenarien durchgespielt werden, wie die schulische Inklusion sich entwickeln könnte. Gespielt wurde in insgesamt drei Phasen auf einem großformatigen Stadtplan von Duisburg.

## Die Spielphasen: Inventur – Szenarien – Positionierung

In der ersten Spielphase – der Inventur – wurden ausgewählte inklusionsrelevante Rahmenbedingungen für jede einzelne Schule zusammengetragen. Alle SchulvertreterInnen setzten dazu entsprechende Spielsteine neben ihre Schule auf den Spielplan, die anzeigten, ob die Schule bereits das Gemeinsame Lernen anbietet – falls ja, mit Angabe der Anzahl der momentan beschulten Kinder mit Unterstützungsbedarf –, ob SeiteneinsteigerInnen beschult werden, ob der Schule SozialarbeiterInnen zugeteilt sind und ob es sich um eine Offene Ganztagschule handelt.

Auch die schulräumliche Situation wurde beurteilt. Auf Setztafeln wurden auf einer dreistufigen Skala von „gut“ bis „nicht ausreichend“ das Angebot an Differenzierungsräumen und Aspekte der Barrierefreiheit bewertet. In den Rahmenbedingungen zeigten sich – wie zu erwarten war – deutliche innerstädtische Unterschiede, die in einem engen Zusammenhang mit den jeweiligen sozialstrukturellen Einzugsgebieten

der Schulen standen. So fanden sich zum Beispiel deutlich mehr SozialarbeiterInnen in Regionen mit einer benachteiligten Bevölkerung. Bei der räumlichen Bewertung sah sich ein großer Anteil der Schulen als nicht ausreichend ausgestattet: Mehr als jede zweite Grundschule zeigte einen Mangel an notwendigen Differenzierungsräumen an. Es wurde aber auch deutlich, dass viele Schulen – je nach Förderschwerpunkt – sich selbst als barrierefrei klassifizierten (siehe Abbildung).

Ergänzt wurde die erste Spielphase durch ein unverbindliches Votum der SchulvertreterInnen, welche Förderschwerpunkte sie abdecken könnten. Hier zeigte sich insgesamt eine große Bereitschaft, eine inklusive Schullandschaft entlang der Förderschwerpunkte stadtweit umzusetzen.

Die zweite Spielphase wagte einen Blick in mögliche zukünftige Entwicklungen der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf. Da zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht abzusehen war, in welchem Umfang die Eltern von dem Recht der gemeinsamen Beschulung Gebrauch machen würden, wurden drei mögliche Szenarien vorgegeben: „Alle Kinder mit Förderbedarf besuchen eine Regelschule!“, „Jedes zweite Förderkind besucht eine Regelschule!“ und „Jedes fünfte Förderkind besucht eine Regelschule!“ Unter der Fragestellung „Was wäre wenn?“ wurde simuliert, wie aufnahmefähig das Regelschulsystem jeweils ist und an welchen Stellen Anpassungen und Erweiterungen notwendig sind. Auch die Auslastung der Förderschulen wurde beleuchtet. Spielsteine stellten die prognostizierte SchülerInnenzahl dar, die in dem jeweiligen Szenario auf die Schulen verteilt wurden.

Während bei einer Beschulung von jedem fünften Kind mit Förderbedarf an den Regelschulen in den Regionen zumeist die bestehenden (Raum-)Ressourcen ausreichen, wurde es bei einer Beschulung von jedem zweiten Kind bereits eng. Auch der Anspruch an eine möglichst wohnortnahe Beschulung konnte in diesem Szenario nicht überall sichergestellt werden. Für die Grundschulen der nördlichen Planungsregion wurde zum Beispiel deutlich, dass mit dem aktuellen Angebot der Schulen des Gemeinsamen Lernens 132 Kinder inklusiv beschult werden könnten, aber gemäß dem Szenario von einem Bedarf von etwa 170 Kindern auszugehen wäre. Eine Anpassung der baulichen als auch personellen Infrastruktur wäre demnach nötig. Die Simulation zeigte so allen Akteuren anschaulich die Potenziale der jeweiligen Region, aber auch die ganz konkreten Defizite vor Ort.

In der abschließenden dritten Spielphase wurden die Schulen gebeten, sich bezüglich ihrer zukünftigen Rolle im Inklusionsprozess – ausgehend von ihren bisherigen Erfahrungen und Möglichkeiten – zwischen „beobachtend“ und „Schwerpunktschule“ zu positionieren. Das deutliche Ergebnis: Viele Schulen waren bereit, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und positionierten sich als zukünftige inklusive Schule.

### Gemeinsames Wissen und Raum für Neues schaffen

Das Durchspielen dieser drei Phasen führte zu einer umfassenden Übersicht für alle Akteure und stellte einen grundlegenden Einstieg in die Inklusionsthematik dar. Schon während des Planspiels zeigte die Methodik Wirkung:

- ◆ So unterschiedlich die Akteure in Bezug auf ihre Rolle, Erwartungen und Ziele zu Beginn der Planungsforen waren, am Spieltisch wurde ihre Aufmerksamkeit auf die sich potenziell entwickelnde inklusive Schullandschaft gebündelt.
- ◆ Der Austausch zwischen ExpertInnen des Gemeinsamen Lernens an Regelschulen sowie denen aus Förderschulen, die bereits umfangreiches Wissen einbringen konnten, und denen, die bisher kaum mit Themen der inklusiven Beschulung in Berührung gekommen waren, konnte so methodisch gehandelt werden.
- ◆ Durch das stadtweite Sichtbarmachen der Strukturen und der möglichen Konsequenzen der Inklusion wurde das Verständnis einer gemeinsamen Bildungsregion geschärft.



In der ersten Spielphase werden inklusionsrelevante Rahmenbedingungen für jede Schule auf einem Duisburger Stadtplan zusammengetragen. Foto: Stadt Duisburg

- ◆ Der spielerische Aspekt ermöglichte den Schulleitungen eine erste unverbindliche Einschätzung der Möglichkeiten der Beschulung von Kindern mit Förderbedarf und der jeweiligen Rahmenbedingungen an ihren Schulen.
  - ◆ Der Abgleich der Einschätzungen untereinander bot zudem die Gelegenheit, die eigene Positionierung in Relation zu denen der anderen zu setzen und gegebenenfalls zu modifizieren.
  - ◆ Die spielerische Atmosphäre schuf den Rahmen für weitere Gespräche zwischen den Schulen über Vorgehensweisen, Probleme und bereits erprobte Lösungen.
  - ◆ Das Planspiel bot den Raum für überraschende Lösungen, ohne sofort auf ein vorab festgelegtes Resultat zu zielen. Dies erwies sich gerade in schwierigen und unlösbar erscheinenden Situationen als hilfreich.
- Damit Planspiele wie auch die praktische Umsetzung ihrer Ergebnisse in der Praxis erfolgreich sein können, müssen die Akteure in der Lage sein, fachlichen Austausch und Rollenerwartungen allseits transparent und gestalterisch auszubalancieren. Im Ergebnis – und das zeigt auch der inklusive Schulentwicklungsplan der

Stadt Duisburg – haben sich die Planspiele als Analyse- und Partizipationsinstrument bewährt. Auch im weiteren Prozess sollen sie bei Bedarf und gegebenenfalls mit angepassten Fragestellungen und Spielmechanismen wiederholt werden. //



**Stadt Duisburg: Inklusive Schulentwicklungsplanung Duisburg. Erste Umsetzungsschritte und Perspektive.**

[www.tinyurl.com/Inklusion-Duisburg](http://www.tinyurl.com/Inklusion-Duisburg)



**Eva Kaewnetara, Tobias Terpoorten: Zu Tisch bitte! Der Duisburger Prozess zu einer inklusiven Schullandschaft. (Veröffentlicht in einer Broschüre von ISA e. V.)**  
[www.tinyurl.com/ISA-Broschue](http://www.tinyurl.com/ISA-Broschue)



**Eva Kaewnetara**

Leiterin der Abteilung Kommunale Schulentwicklung im Amt für Schulische Bildung der Stadt Duisburg



**Dr. Tobias Terpoorten**

Referent im Bereich der Schulentwicklungsplanung im Amt für Schulische Bildung der Stadt Duisburg

Landtagsfraktionen auf dem Prüfstand

# Wahlkampfthema Bildung

Foto: Andreas F. / photocase.de

**„Schule NRW: Ein Jahr vor der Wahl“ – unter diesem Motto hatte das Bündnis „Länger gemeinsam lernen NRW“ ins Pädagogische Institut der Evangelischen Kirche von Westfalen nach Villigst eingeladen. Der Einladung waren gut 50 Interessierte aus unterschiedlichen Bildungsbereichen gefolgt. Ein Jahr vor der Landtagswahl im Mai 2017 bezogen die bildungspolitischen SprecherInnen der NRW-Landtagsfraktionen Stellung zu den wichtigsten bildungspolitischen Themen.**

Zum Einstieg stellte Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Günter Rolff den Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit dar. Er erinnerte an die Erkenntnisse nach den ersten PISA- und IGLU-Untersuchungen, die den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg beschrieben hatten. Die Begleitforschung habe darüber hinaus ergeben, dass die vor einigen Jahren eingeführte Auflösung der Schuleinzugsbezirke für die Grundschulen in NRW zu einer größeren Entmischung und einer Verstärkung der sozialen Trennung führe. Der viel gelobte Schulkonsens in NRW, der Schulentwicklung an die Kommunen delegiert, habe zu einem fünfgliedrigen Schulsystem in NRW und zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen geführt. Das sei ein Fehler, denn Schulstrukturentscheidungen müsse das Land treffen. Die innere Schulentwicklung müsse mehr in den Blick genommen werden, forderte Prof. Dr. Rolff.

Für die Landtagsfraktionen stellten sich Sigrid Beer (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Anette Bunse (CDU), Monika Pieper (Piraten) und Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD) den Fragen. Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, schulische Bildungsgänge, Ganztagschulentwicklung, Schulzeitverkürzung, Ausbildungsgarantie, der Schulkonsens von 2011 und Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen lauteten die Stichworte.

## Inklusion verbessern

Die Herausforderung der Inklusion sehen alle als größte Baustelle und als bisher tiefsten Eingriff in die Schulentwicklung. Man dürfe aber

auch keine Schwarz-Weiß-Diskussion führen: Bei verschiedenen Anhörungen im Landtag zum Thema sei klar geworden, dass nachgesteuert werden müsse, man solle aber „ideologiefrei“ streiten. Fürs Gymnasium – so die SPD – müssten zudem andere Bildungsgänge ermöglicht werden.

## Sozialindex einführen

Die Einführung einer sozialindizierten Ressourcenausstattung der Schulen halten SPD, Grüne und Piraten für sinnvoll. Eva-Maria Voigt-Küppers plädierte auch für die Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen. Sigrid Beer bewertete den Sozialindex als wichtiges Mittel, hob gleichzeitig aber auch die Leistungen der derzeitigen Landesregierung hervor: Es seien 17.700 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte geschaffen worden, es gebe 220 neue Schulen mit längerem Gemeinsamen Lernen und auch der Aufbau des neuen Landesinstituts QUA-LIS sei positiv zu werten.

## Kooperationsverbot aufheben

Einigkeit bestand darin, dass der Bund an der Finanzierung von Bildungsausgaben stärker beteiligt werden muss. Die Aufhebung des Kooperationsverbots fordern die Piraten, während Sigrid Beer sich eher skeptisch zu den Chancen einer Aufhebung zeigte. Der Bund beteilige sich bereits am Bildungs- und Teilhabepaket und damit an der Finanzierung der Schulsozialarbeit.

## Kultur des Behaltens fördern

Vor allem von der CDU wurde auf das Ernstnehmen des Elternwillens hingewiesen – sowohl den weiteren Ausbau des Ganztags betreffend

als auch bei den Fragen zu den Folgen des Schulkonsenses. Die in der Bildungskonferenz vereinbarte Kultur des Behaltens hat noch keine vollständige Umsetzung im Schulgesetz oder in den Prüfungsordnungen gefunden. Während Sigrid Beer auf die gesetzliche Regelung verwies, einen Hauptschulzweig an der Realschule zu bilden und die Ablehnung von Gymnasialverbänden gegen Änderungen bei den Gymnasien bedauerte, betonte Anette Bunse den notwendigen Blick auf die Kinder.

## Ganz oben auf der Agenda: Bildung

In den je 90-sekündigen Antworten der PolitikerInnen ergaben sich ein Jahr vor der Landtagswahl kaum Streitpunkte oder gegensätzliche Positionen. Vielmehr waren alle Beteiligten bemüht, eher die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede in ihren Positionen herauszustellen. Dabei spielt zum einen sicher der 2011 zwischen CDU, SPD und Grünen gefundene Schulkonsens eine Rolle. Zum anderen können so alle Möglichkeiten für unterschiedliche Regierungskolitionen offengehalten werden. Vielleicht ist aber auch die Zeit vorbei, in der ideologische Debatten um die richtige Bildungspolitik geführt werden. Wenn im Ergebnis alle Parteien das Thema Bildung und die bessere Finanzierung ganz oben auf ihrer Agenda haben, ist das gut und bestätigt uns als GewerkschafterInnen in unserem Einsatz für mehr Chancengleichheit und eine bessere Bildungsfinanzierung. Mehr Geld für Bildung ist für die Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen dringend erforderlich – dafür setzt sich die GEW NRW mit Nachdruck ein. //



**Dorothea Schäfer**  
Vorsitzende der GEW NRW

Debatte um G8

# Die Wut des Bildungsbürgertums

Sollte es noch eines Belegs bedürft haben, dass die Befriedung des Streits um das achtjährige Gymnasium (G8) in Nordrhein-Westfalen gescheitert ist – jetzt liegt er auf dem Tisch. Die Landeselternschaft der Gymnasien hat eine Mammutumfrage präsentiert.

Mehr als 48.000 Personen nahmen an der Erhebung teil; in einem repräsentativen Teil wurden 1.310 Gymnasialeltern befragt. Von ihnen votierten 79 Prozent für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9). Das bestätigt zwar frühere Umfragen, hat aber aus drei Gründen eine besondere Brisanz.

## Keine Kompromisse

Der erste ist der Zeitpunkt – in einem Jahr wird in NRW gewählt und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass dabei das „Turbo-Abi“ zum Thema wird. Mit G8 lässt sich keine Landtagswahl gewinnen. Gegen G8 schon eher.

Der zweite Grund ist die Wut, mit der die Kritik vorgetragen wird. Die Fronten sind verhärtet: 44 Prozent der G9-BefürworterInnen bezeichnen sich selbst als kompromisslos, fast doppelt so viele wie unter den G8-AnhängerInnen. Das Potenzial für eine Ausgleichslösung schwindet.

Den dritten Grund hat die Erhebung des Bildungsforschers Rainer Dollase, eines erklärten G9-Befürworters, der G8 auch schon mal mit der DDR vergleicht, erstmals statistisch greifbar gemacht: Die G8-GegnerInnen sind klassisches Bildungsbürgertum, die Klientel des Gymnasiums. Sie setzen auf Leistung. Nachhilfe für ihre Kinder begründen sie meist mit Notenoptimierung, nicht mit der Sicherung der Versetzung. Die G8-GegnerInnen wollen nicht, dass das Gymnasium seine Standards senkt, um das „Turbo-Abi“ verträglicher zu machen. Sie sind sehr skeptisch, ob man Hausaufgaben oder die Stundenzahl reduzieren sollte. Sie wollen aber unbedingt, dass ihr Kind neun Jahre an einem Gymnasium verbringt. Die Gesamtschule ist bei ihnen noch viel unbeliebter als ein reformiertes G8-Gymnasium. All das steht in Rainer Dollases Erhebung.

## Bildungspolitische Gratwanderung

Deshalb ist das Ganze für Schulministerin Sylvia Löhrmann so gefährlich. Eine mobilisierungsstarke Gruppe (2015 sammelte eine Volksinitiative fast 100.000 Unterschriften für G9), darunter natürlich AnhängerInnen von SPD und Grünen, stellt den Grundsatz rot-grüner Gymnasialpolitik infrage. Wer das Abitur nach neun Jahren wolle, könne sein Kind ja auf eine Gesamtschule schicken. Für die G8-GegnerInnen ist diese Alternative keine, sondern bloß ein Trick, um das Gymnasium zu schwächen.

Natürlich weist Sylvia Löhrmann das weit von sich. Sie mahnt zur Geduld – die Entlastungen, die der Runde Tisch 2014 empfahl, müssten wirken. Tatsächlich hat das Ministerium das meiste rechtlich umgesetzt, etwa die Begren-

zung der Zahl der Klassenarbeiten auf zwei pro Woche, niedrigere Richtwerte für Hausaufgabenzeiten und weniger Nachmittagsunterricht. Die Entlastung stockt noch in der Frage einer Jahresobergrenze für Klassenarbeiten.

Sylvia Löhrmann, die stets betont, die Schulentwicklung müsse dem Willen der Eltern folgen, und die sich ausgerechnet in diesem Großkonflikt gegen die Elternmehrheit stellt, ist nun von den Gymnasien abhängig. Sie müssen – das ist immer noch nicht überall geschehen – ihre Kultur an G8 anpassen: Mut zur exemplarischen Vermittlung entwickeln, eigene konkrete Fachlehrpläne ausarbeiten. Daran wird sich entscheiden, ob G8 in NRW noch eine Chance hat. //



**Dr. Frank Vollmer**

Stellvertretender Ressortleiter Politik der Rheinischen Post, unter anderem zuständig für das Thema Schulpolitik  
Foto: A. Andreas Krebs / RP

## GEW NRW fordert grundlegende Reform

### Der Rückwärtsgang ist keine Option

**Viele Eltern in Nordrhein-Westfalen wollen weg von G8 und zum Abitur nach neun Jahren zurückkehren – das ergab eine von der Landeselternschaft der Gymnasien in Auftrag gegebene Umfrage. Ist das die Chance für ein breites Bündnis zur Reform des derzeitigen G8 unter Einschluss der GEW NRW? Eher nicht.**

Die Bildungsgewerkschaft sieht mit Befremden den Wunsch nach der Rückkehr zu den „guten alten Zeiten“, in denen bei Weitem nicht alles gut war. Eine konservative Reform – wie sie Rainer Dollase offenbar befürwortet – mit 13 Jahren bis zum Abitur am Halbtagsgymnasium lehnt sie entschieden ab. Zwar stimmte die GEW NRW dem am Runden Tisch G8/G9 entstandenen Maßnahmenpaket zur Weiterentwicklung des achtjährigen Bildungsgangs als einen notwendigen Schritt zu unmittelbaren Verbesserungen für LehrerInnen und SchülerInnen zu. Sie fordert aber darüber hinaus langfristig grund-

legende Reformschritte an den Gymnasien in NRW: Die Sekundarstufe I muss an allen Schulformen wieder sechsjährig sein, alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I müssen an Gymnasien vergeben werden können. Die gymnasiale Oberstufe muss dahingehend reformiert werden, dass sie unterschiedlich lange Lernwege von zwei bis vier Jahren ermöglicht. Die Gleichwertigkeit aller angebotenen Fächer muss wiederhergestellt werden, um den SchülerInnen mehr Möglichkeiten zur individuellen Schwerpunktsetzung zu bieten. Der gebundene Ganztags muss weiter ausgebaut werden, um allen SchülerInnen – egal aus welchem Elternhaus sie stammen – die gleichen Chancen zur Partizipation an Bildung zu ermöglichen. Letztlich müssen alle Gymnasien auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit bei der Bildungsbeteiligung schrittweise zu Ganztagsgymnasien ausgebaut werden.

Frauke Rütter,  
Referentin für Schulpolitik der GEW NRW

Umfrage der SchülerInnenvertretung der Erich-Fried-Gesamtschule Herne

# SchülerInnen leiden unter Stress und Überforderung

Würden Sie Ihre Tochter zu Veranstaltungen schicken, die psychische Probleme verursachen? Würden Sie Ihren Sohn Bedingungen aussetzen, die Kopfschmerzen oder Konzentrationsprobleme auslösen? Nein? Warum schicken Sie Ihr Kind dann in die Schule? Zugegeben – die Vergleiche sind zugespitzt, aber im Wesentlichen treffen sie die Erfahrungen vieler Heranwachsender. Die SchülerInnenvertretung der Erich-Fried-Gesamtschule Herne hat die Klagen über Schulstress zum Anlass für eine überregionale Online-Umfrage genommen. Jetzt liegen Ergebnisse vor.



Foto: suze / photocase.de

„Wie geht es dir in der Schule?“, steht seit etwa einem Jahr über einem Link auf der Homepage der Schule, der zu einem Fragebogen mit 24 Unterpunkten führt. Mittlerweile haben landesweit über 1.000 Kinder und Jugendliche aus den Jahrgangsstufen 5 bis 13 an der Online-Umfrage teilgenommen. Die meisten Rückmeldungen kamen aus dem mittleren Ruhrgebiet. Das Mitmachen ist freiwillig, eine Auswahl der TeilnehmerInnen nach repräsentativen Kriterien findet nicht statt. Dennoch ergeben die Daten ein Bild, welches aufmerken lässt. Parallel zur SchülerInnenbefragung wurden auch psychologische, psychiatrische und allgemeine medizinische Beratungsstellen sowie Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit, der Sportjugendarbeit und der Musik- oder Kunstpädagogik befragt.

## Ausgewählte Ergebnisse: Stress, Angst und wenig Freizeit

Fast 60 Prozent der befragten SchülerInnen geben an, sich von ihrer derzeitigen Schulsituation stark oder sehr stark belastet zu fühlen, hinzu kommen weitere fast 20 Prozent, die sich eher belastet als nicht belastet fühlen. Fragt man an dieser Stelle detaillierter nach, verbinden die Heranwachsenden mit Schule Stress (81 Prozent), Druck (75 Prozent) und Überforderung (54 Prozent). Ein Drittel gibt hier Angst an, fast 25 Prozent sogar Ausweglosigkeit. Positiv besetzte Assoziationen werden lediglich mit neun Prozent (Glück), vier Prozent (Ausgelassenheit) und 3,5 Prozent (Entspannung) angegeben, einzig deutlich stärker positiv assoziiert werden FreundInnen mit 57 Prozent.

Als Folgen dieser Belastungssituation geben über 60 Prozent der Teilnehmenden an, mit

Schule körperliche beziehungsweise psychische Belastungen zu verbinden. Auch hier genauer: 77 Prozent geben Müdigkeit und Erschöpfung an, 68 Prozent Kopfschmerzen, über 52 Prozent Schlaflosigkeit und 35 Prozent Traurigkeit. Besonders zynisch: Bei 57 Prozent der Jugendlichen verursacht Schule Konzentrationsprobleme.

80 Prozent der Jugendlichen bekunden, dass lange Unterrichtszeiten und viele Klausuren stark bis sehr stark zu diesen Belastungen beitragen. Über die Hälfte gibt an, dass auch ihre familiäre Situation durch die Schule belastet wird. Nur ungefähr ein Drittel fühlt sich in der Schule wohl oder ist glücklich. Diese positiven Gefühle werden fast überwiegend mit der Anwesenheit von FreundInnen (87 Prozent) oder der Teilnahme an Klassenfahrten (70 Prozent) oder Ausflügen begründet. Immerhin nennt auch knapp ein Drittel in diesem Zusammenhang das gute Verhältnis zu LehrerInnen.

Ungefähr die Hälfte der befragten Jugendlichen treibt keinen regelmäßigen Sport und besucht keine Jugendgruppen. 60 Prozent würden dies zwar gerne tun, haben aber keine Zeit dafür. 86 Prozent geben an, für ehrenamtliche Arbeit keine Zeit zu haben, obwohl 40 Prozent davon sich gerne in diesem Bereich engagieren würden. Insgesamt sagen 65 Prozent der Befragten, dass sie wegen der Schule eher zu wenig oder sogar viel zu wenig Zeit für Freizeitbeschäftigungen haben.

Die dargestellten Angaben dramatisieren sich noch, betrachtet man ausschließlich die Angaben aus den Abschlussklassen 10 bis 13. 90 Prozent dieser Jugendlichen assoziieren mit Schule Stress und 64 Prozent Überforderung –

und zwar nahezu übereinstimmend bei allen Schulformen. In den Abschlussjahrgängen fallen die Bekundungen bei allen abgefragten Aspekten um circa fünf Prozent extremer aus – ein deutlicher Trend.

Die Angaben der Beratungsstellen und Einrichtungen der Jugendarbeit passen sehr stimmig zu den Ergebnissen der SchülerInnenbefragung. Viele Beratungsstellen geben an, dass die schulischen Belastungssymptome in den letzten zehn Jahren „häufiger und heftiger“ geworden seien. 75 Prozent der Jugendeinrichtungen sehen die Breite der Angebote für die Zukunft aufgrund der sich verändernden Mitglieder- und Besucherzahlen sowie fehlender ehrenamtlicher MitarbeiterInnen als stark bis sehr stark gefährdet an.

## Schule löst keine Probleme – sie ist Teil des Problems

Traut man den Angaben der SchülerInnen und nimmt sie ernst, dann stellt sich Schule in vielen Aspekten nicht als Teil von Lösungen im Leben junger Menschen dar, sondern als Teil zahlreicher Probleme. Schule wird von ihren KlientInnen deutlich als belastend wahrgenommen und das in einem Umfang, der mehr als besorgniserregend erscheint. Zahlreiche Untersuchungen und Veröffentlichungen thematisieren die alarmierenden Zahlen von Jugendlichen mit Schlaf- und Essstörungen, mit Drogenproblemen oder psychischen Belastungen. Die Befragung der Herne SchülerInnenvertretung zeigt, dass viele Jugendliche Schule als eine Institution wahrnehmen, die ihnen in diesen Bereichen nicht nur unzureichend hilft, sondern diese Probleme mit verursacht.

Für den Lebensbereich Schule geben die Befragten auch positive Rückmeldungen. Sie fühlen sich in Schule also auch wohl. Diese Aussagen beziehen sich aber fast ausschließlich auf individuelle, personalisierte und zwischenmenschliche Zusammenhänge wie FreundInnen oder das gute Verhältnis zu LehrerInnen. Systemische Setzungen – etwa die Anzahl von Klausuren, die Länge der Schultage, Menge und Inhalt des Unterrichtsstoffs oder die Ausstattung von Schule – leisten hier kaum einen Beitrag. So kann die These lauten: Die aufgezeigten Probleme ergeben sich durch systemische Setzungen, die Lösungen werden aber in weiten Teilen personalisiert, also auf einzelne Personen abgewälzt.

Dass die wahrgenommenen Bedingungen für die Umsetzung schulsystemischer Setzungen völlig unzureichend sind – etwa bei der Inklusion oder der Integration von SeiteneinsteigerInnen –, ist längst kein Geheimnis mehr. Bei der im Februar 2016 veröffentlichten forsa-Umfrage zur Zufriedenheit im Lehrerberuf lässt sich zum Beispiel einerseits die hohe Arbeitsmotivation von Lehrkräften nachlesen, während gleichzeitig die Schulpolitik fatal bewertet wird – in NRW mit der Schulnote 4,2. Lernende und Lehrende sitzen hier im selben Boot, denn in schwierigen Situationen mit schlechten Gelingensbedingungen sind die Kinder oftmals ebenso überfordert wie die LehrerInnen. Für SchülerInnen kann dies zu Stress und Überforderung beitragen, denn zu einem nicht unwesentlichen Teil sind sie diejenigen, die personalisiert die systemischen Mängel mit lösen (müssen).

### Paradoxe Zielsetzungen

Die Schulpolitik formuliert immer wieder hochrangige Ziele, schafft aber gleichzeitig Strukturen, die das Erreichen dieser Vorgaben unmöglich machen. Will Schule demokratisch handelnde Menschen heranbilden, dann müssen Strukturen geschaffen werden, die diesen Menschen Teilhabe ermöglichen. Es reicht nicht aus, zu betonen, wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist oder wie bedeutsam die Mitgliedschaft in Sportvereinen, wenn gleichzeitig ein großer Teil der Jugendlichen wegen der Schule gar keine Zeit mehr dafür hat. Einerseits werden große Summen in vorbildliche Projekte wie „Jedem Kind ein Instrument“ investiert, andererseits werden Bedingungen geschaffen, die eine Weiterführung der gelegten Grundlagen torpedieren. Schulische Bedingungen tragen dazu bei, dass Sportvereine, Kirchengemeinden oder Jugendverbände weniger Ehrenamtliche finden. Hier wird oft Gutes gesagt, aber das Gegenteil getan. Offensichtlich braucht es nicht nur wesentlich bessere personelle, räumliche und sächliche Bedingungen, es braucht in gleichem Ausmaß auch deutlich andere Ausrichtungen, orientiert an einem tatsächlich ganzheitlichen Bildungsverständnis. //



**Carsten Piechnik**  
Schülervertretungslehrer an der  
Erich-Fried-Gesamtschule in Herne

## Ausgezeichnet



Die Umfrage „Wie geht es dir in der Schule?“ der SchülerInnenvertretung der Erich-Fried-Gesamtschule Herne wurde im März 2016 als besonders förderungswürdig durch das Programm „Demokratisch Handeln“ ausgezeichnet. Im Rahmen der „Lernstatt Demokratie“ in Mönchengladbach hatten zwei SchülerInnen der SchülerInnenvertretung die Gelegenheit, Schulministerin Sylvia Löhrmann einen Teil der Ergebnisse der Befragung vorzutragen. Die Umfrage dauert an: [www.tinyurl.com/EFG-Umfrage](http://www.tinyurl.com/EFG-Umfrage)



**Erich-Fried-Gesamtschule: Ergebnisse der Umfrage „Wie geht es dir in der Schule?“**  
- Alle Jahrgangsstufen  
[www.tinyurl.com/EFG-Gesamt](http://www.tinyurl.com/EFG-Gesamt)



- Jahrgangsstufen 10 bis 13  
[www.tinyurl.com/Abschlussklassen](http://www.tinyurl.com/Abschlussklassen)



- Psychologische, psychiatrische und allgemeine medizinische Beratungsstellen  
[www.tinyurl.com/Psychologie-Beratung](http://www.tinyurl.com/Psychologie-Beratung)



- Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit, der Sportjugendarbeit und der Musik- oder Kunstpädagogik  
[www.tinyurl.com/Vereine-Verbaende](http://www.tinyurl.com/Vereine-Verbaende)

**DebeKa** Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes



## Chancenorientierte Privatrente

### Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge.  
Informieren Sie sich jetzt.



anders als andere

### DebeKa-Landesgeschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen

**44135 Dortmund**  
Telefon (02 31) 61 01 - 0

**40210 Düsseldorf**  
Telefon (02 11) 1 67 06 - 0

**45894 Gelsenkirchen**  
Telefon (02 09) 38 64 69 - 0

**50667 Köln**  
Telefon (02 21) 20 86 - 0

**48136 Münster**  
Telefon (02 51) 48 31 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

**DebeKa**

## Urban Gardening

# Demokratie wachsen lassen

„Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt untergeht, ich würde heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen“, sagte Martin Luther. Aber warum warten bis die Welt untergeht, wenn man doch gleich mit dem Pflanzen anfangen kann und damit genau diesen Untergang verhindert? In Tunesiens Hauptstadt setzen einige Kinder- und Jugendeinrichtungen auf Urban Gardening als Lernfeld für Demokratie und zivilgesellschaftliche Tugenden – und pflegen engen Kontakt nach Köln.

Mit dabei sind auch ein Berufskolleg mit Schwerpunkt Bautechnik (Ibn Sina) sowie VertreterInnen der Stadtverwaltung und der Regierung. Eine zehnköpfige Delegation aus Tunis besuchte im August 2015 für eine Woche ihre Partnerstadt Köln, um sich zu den Themen Urban Gardening, Schulgarten und Essbare Stadt zu informieren. Herzstück des Fachkräfteaustauschs war ein dreitägiger Workshop mit den MacherInnen der Gartenwerkstadt Ehrenfeld, einem Urban Gardening Projekt in Köln-Ehrenfeld. Hier bekamen sie konkretes Fachwissen an die Hand – von Bodenkunde über Kompost und Wasserspeicherung bis zur Samenernte.

Mindestens ebenso wichtig wie das Fachwissen ist aber das logistische Management im Hintergrund, damit die freiwillig Aktiven sinnvoll tätig werden können. In diesem Zusammenhang betonte der Geologe und Vorsitzende der Gartenwerkstadt Ehrenfeld Dr. Volker Emert, wie enorm wichtig die Konsensfindung sei. Aus diesem Grund waren die Psychologin Kaouther Eltaief von Ibn Sina und ihre MitstreiterInnen aus den Jugendzentren von Tunis so begeistert vom Urban Gardening: „Dieses Projekt greift starke soziale Komponenten wie Gruppendynamik und Community Building auf.“

## Gärtnern im Geist der Französischen Revolution

Die Parole der Französischen Revolution, die der Impulsgeber für die erste Demokratie der Neuzeit war, beschreibt den Kern des Urban Gardening treffend. Denn auch hier geht es um die Freiheit, sich jeden Tag neu entscheiden zu können, ob man mitmachen möchte oder nicht. Auch Gleichheit gehört systemimmanent dazu: Alter, Gesellschaftsschicht oder religiöse Über-

zeugungen spielen keine Rolle. Funktionieren kann das Ganze nur, wenn alle zusammenstehen und gemeinsam anpacken.

Im Großen taten das die vier tunesischen PreisträgerInnen des Friedensnobelpreises 2015 und machten damit den Anfang. Nun sind alle BürgerInnen Tunesiens gefordert, die große Vision in kleinen Schritten in ihrem Alltagsleben umzusetzen. Hier zeigt sich schnell, dass es mit der Freiheit nicht immer so einfach ist, denn sie hat zwei Seiten: Die Freiheit von Unterdrückung und Machtmissbrauch und die Freiheit für die Entscheidung, an welcher Stelle ich meine bürgerliche Verantwortung für das Gemeinwohl einbringe. Es handelt sich dabei um einen Lernprozess der gesamten Gesellschaft. Noch fehlt es an konkreten Vorbildern und Orientierungshilfen, wie Demokratie im Alltagsleben praktiziert werden kann. Eltern, LehrerInnen und Bildungspolitikern sind hier deshalb besonders gefordert.

## Selbstwirksamkeit erfahren

Die Demokratie als Staatsform ist in Tunesien ja selbst gerade erst in der Pubertät: Sie weiß genau, was schief läuft und löst sich von den autoritären Strukturen. Aber tatsächlich Verantwortung zu übernehmen, die Einsicht zu gewinnen, dass dies notwendig ist, und dann die Bereitschaft und Fähigkeit zur Umsetzung zu entwickeln – das sind Prozesse, die Zeit brauchen. Und wie beim Umgang mit pubertären Jugendlichen ist auch hier das Wichtigste: im Gespräch bleiben. Angebote entwickeln, die Lust machen auf das Abenteuer Leben. Strategien ausarbeiten, die auch in dieser schwierigen Phase Erfolgserlebnisse generieren und so die Zuversicht fördern, dass die jungen Menschen

den damit verbundenen Herausforderungen auch gewachsen sind.

Dafür ist das Medium Garten ideal: Auf vielfältige Weise können hier Selbstwirksamkeit und Verbundenheit erlebt werden. Die Abstimmung, welche Pflanzen gesetzt werden, trainiert Konsensfähigkeit. Mit jeder Tomate wird auch immer etwas Hoffnung gesät. Ihre Reifezeit lehrt, dass Veränderungen nicht mit einem kurzen Klick oder einer einmaligen Anstrengung zu haben sind, dass sie aber – wenn man dranbleibt – sehr wohl Früchte tragen können. Mit einem Fest, bei dem die Ernte gemeinsam zubereitet und gegessen wird, können Erfolge gefeiert und Verbundenheit geschaffen werden. SchülerInnen mit wenig Aussicht auf Ausbildung und junge Erwachsene ohne Arbeit können im Umgang mit Pflanzen Erfolgserlebnisse verbuchen, die ihr Selbstbewusstsein wieder aufrichten.

## Berührungängste abbauen

In jedem Fall bietet Urban Gardening eine Horizonterweiterung. Nicht nur was gärtnerisches Fachwissen angeht, sondern auch in Bezug auf Menschen, mit denen man ansonsten wenige oder gar keine Berührungspunkte teilt. So wie im Projekt von Kaouther Eltaief. Sie leitet das Gartenprojekt am Berufskolleg Ibn Sina in Tunis. Gemeinsam mit den StudentInnen entstand das Motto: „Deine Stadt – Deine Verantwortung“. Ein Flyer erläuterte die konkrete Projektidee. Mit ihm zogen die jungen Leute in Zweiertteams von Haus zu Haus und warben um Teilnahme der AnwohnerInnen. Über den Erfolg ihrer Aktion waren sie am Ende selbst überrascht. „Eigentlich habe ich nicht wirklich daran geglaubt, dass wir es schaffen, die Nachbarschaft zu mobilisieren. Und das noch an einem Wochenende!“,



Foto: Helgi / photocase.de





*Klein und Groß packen mit an: Jugendliche bei der Pflanzaktion vor Ibn Sina; auch die Aller kleinsten wollen genau wissen, wie das geht mit dem Pflanzen. Der Kölner Stadtwinzer und Schulkinder aus Tunis studieren das Pflanzsubstrat. Fotos: F. Kapteni*

so der 23-jährige Hamid. Gemeinsam mit AnwohnerInnen, den Kölner Fachleuten und dem tunesischen Team haben er und seine KommilitonInnen im November 2015 Bäume und Sträucher gepflanzt, die jetzt auf der Freifläche vor der Ausbildungsstätte stehen. Hamid hatte im Vorfeld durchaus Bedenken, wie er mit so vielen fremden Menschen umgehen sollte: „Ich habe es mir schwierig vorgestellt, mit Leuten von außerhalb, die man gar nicht kennt, in Kontakt zu treten, um so ein Projekt zu realisieren. Man unterscheidet sich dann doch auch häufig in der Mentalität. Aber es ging erstaunlich gut. Ich habe viele neue Menschen kennengelernt und sogar Freundschaften geschlossen.“ Mit dieser Erfahrung war er sicher nicht der Einzige. Ganz unauffällig, aber sehr nachhaltig haben dabei alle Parteien ein Gespür dafür entwickelt, wie Demokratie und zivilgesellschaftliche Tugenden im Alltag gelebt werden können.

Auch Politik und Verwaltung haben das große Potenzial der zivilgesellschaftlichen Entwicklungsförderung durch Urban Gardening erkannt. Die Erfahrung, dass es nicht nur ungefährlich, sondern geradezu bereichernd und aufregend sein kann, über den eigenen Tellerrand hinauszusehen, macht in anderer Weise neugierig auf die Welt. Hamid formuliert das sehr klar: „Wir hätten das Projekt ja auch allein mit den Leuten vom Berufskolleg realisieren können. Aber dann wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis der Platz wieder verwahrlost. Wir sind also auf die Zusammenarbeit und Kommunikation mit der unmittelbaren Nachbarschaft angewiesen.“

### Internationalen Austausch fördern

Der Biologe und Fachlehrer Jörg Restemeyer von der Kölner Abendrealschule (ARS) schloss

## Förderprogramm für Schulpartnerschaften

**VertreterInnen von Schulen, die eine Schulpartnerschaft mit Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas oder Südosteuropas aufbauen wollen, können sich für eine finanzielle und inhaltliche Förderung durch das Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) bewerben.**

ENSA bietet einen finanziellen Zuschuss für Flugkosten, Projektkosten und Aufenthalt und begleitet die Schulgruppen durch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung. Für SchülerInnen werden auf diese Weise globale Zusammenhänge praktisch erfahrbar, sodass sie ihren eigenen Standpunkt darin kritisch reflektieren können. Sie werden motiviert, gesellschaftliche Verhältnisse in den Blick zu nehmen und sich in ihrem Umfeld für eine gerechtere Zukunft zu engagieren. Das ENSA-Programm richtet sich an SchülerInnen ab 14 Jahren aller weiterfüh-

renden Schulformen in Deutschland und den jeweiligen Partnerländern. Ein besonderer Wert wird auf die Förderung von Jugendlichen aus strukturschwachen Gebieten und strukturell benachteiligte SchülerInnen gelegt.

Interessenbekundungen von allen weiterführenden Schulen in Deutschland, von Eltern- und Fördervereinen sowie von Nichtregierungsorganisationen in Kooperation mit Schulen können bis zum 5. September 2016 per E-Mail eingereicht werden. Der Projektantrag muss dann bis zum 30. September 2016 eingegangen sein. Die notwendigen Unterlagen, Bewertungskriterien und weitere Hinweise zum Programm gibt es unter [www.tinyurl.com/ENSA-Programm](http://www.tinyurl.com/ENSA-Programm). Fragen zu Anbahnungsreisen und zur Antragstellung bitte per E-Mail an [viktoria.jeske@engagement-global.de](mailto:viktoria.jeske@engagement-global.de).

sich dem Kölner Team für Tunis an, weil er von seiner eigenen Arbeit weiß, wie wichtig es ist, jungen Menschen aus schwierigen Lebenskontexten eine Perspektive zu geben. Damit, dass auch seine SchülerInnen in Köln durch sein Engagement an Selbstbewusstsein gewinnen würden, hatte er nicht gerechnet. Viele von ihnen haben selbst einen Migrationshintergrund und waren stolz darauf, dass ein Lehrer ihrer Schule bei diesem Projekt dabei war. Sie fühlten sich zugehörig und zeigten dies durch ein deutlich engagierteres Lernverhalten. Damit gaben sie den Impuls, nach Wegen der Zusammenarbeit zwischen der ARS in Köln und Ibn Sina in Tunis zu suchen. Das Auswärtige Amt wird für ein Jahr einen Schüleraustausch finanzieren. Im Vorfeld stellen sich die Jugendlichen über kurze Videoclips vor und erzählen von ihrem Leben in der jeweiligen Heimatstadt.

Nach wie vor müssen die TunesierInnen zwischen Nobelpreis und Bombenattentaten, Chaos und Demokratie ihren Weg erst finden. Aber dieses Projekt zeigt: Es geht auch ohne Krieg und Bomben, selbst in der arabischen Welt. Mit einem Bruchteil an materiellen Kosten, aber einem riesigen Gewinn für die Menschen. //



**Gartenwerkstadt Ehrenfeld e.V.**  
[www.gartenwerkstadt-ehrenfeld.de](http://www.gartenwerkstadt-ehrenfeld.de)



**ARS Köln: Neues Grün für Tunis – und die ARS hilft mit!**  
[www.ars-koeln-blog.de/tag/urban-gardening](http://www.ars-koeln-blog.de/tag/urban-gardening)



**Claudia Vogelsang**

Fachjournalistin, Gartentherapeutin und Gartenplanerin

Kongress gegen Rechts 2016 des DGB NRW

## Solidarität statt Rechtsruck

Bereits zum fünften Mal lud der DGB NRW am 23. April 2016 zum Kongress gegen Rechts. Unter dem Titel „Solidarität statt Rechtsruck – Zusammenhalten gegen Rassismus und Ausgrenzung“ diskutierten 200 Teilnehmende im Bahnhof Bochum-Langendreer über die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen.



In seiner Eröffnungsrede machte Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, noch einmal deutlich: „Die sogenannte Alternative ist keine für uns GewerkschafterInnen. Die AfD schürt nicht nur Ängste vor ZuwandererInnen, sie ist auch gewerkschafts- und arbeitnehmerfeindlich.“ Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland war eines der Leitthemen der Tagung. Während einerseits Geflüchtete von unzähligen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, auch aus den Gewerkschaften, unterstützt und mit offenen Armen willkommen geheißen werden, lehnen andere Zuwanderung massiv ab. Diese Ablehnung geht über die Vorstellungen von „Überfremdung“, angeblicher „Umvolkung“ oder steigender Kriminalität hinaus und gipfelt nicht selten in Gewalt.

### Was tun gegen Rechtspopulismus und gesellschaftliche Spaltung?

Bernhard Nebe, Staatssekretär des Innenministeriums NRW, machte deutlich, dass es einen besorgniserregenden Zuwachs an rechten Straftaten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte gebe. Hier reiche die Palette im gesamten Bundesgebiet von Schmierereien, über Körperverletzungen bis hin zu Brand- und Sprengstoffanschlägen.

Getragen werden diese Gewalttaten durch abwertende Äußerungen aus der Gesamtbevölkerung. Ob online oder offline: Rassistische Äußerungen scheinen an der Tagesordnung zu sein.

Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht haben die Stimmung im Land noch mal verschärft – eine Stimmung, von der die rechtspopulistischen Kräfte in Deutschland profitieren. Geschickt heizt die AfD die Stimmung gegen Geflüchtete an und nutzt die gesellschaftliche Polarisierung, um in mehrere Landesparlamente einzuziehen.

Gleichzeitig steht die Gefahr im Raum, dass salafistische und andere islamistische Gruppen durch die Ansprache Geflüchteter versuchen, Menschen zu radikalisieren und für ihre Sache zu gewinnen. Die islamistischen Anschläge von Paris und Brüssel treiben indes die gesellschaftliche Spaltung voran und befördern nicht nur Wut und Angst, sondern auch die Ablehnung all derer, die als „muslimisch“ wahrgenommen werden.

Im Auftaktvortrag „Gespaltene Republik – Kippt das Land nach Rechts?“ diskutierte der Publizist Richard Gebhardt die Frage, welche grundlegenden gesellschaftlichen Verschiebungen und Polarisierungen wir momentan erleben. Er stellte in seinem Vortrag fest, dass „tatsächlich eine Bruchlinie in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland“ vorhanden sei, „deren manifester Ausdruck der Erfolg von AfD oder die Demonstrationen von PEGIDA“ seien. Richard Gebhardt diskutierte in seinem Vortrag, welche Handlungsmöglichkeiten die Gewerkschaften und die gesellschaftliche Linke in dieser Situation haben. Insbesondere der

Umgang mit RechtspopulistInnen und der AfD war einer der zentralen Punkte seines Vortrags. Er warb dafür, nicht in Skandalisierungen und Angriffe auf die AfD zu verfallen und damit nur die Aufmerksamkeit für die AfD zu erhöhen und sich grundsätzlich für eigene Visionen und emanzipative Menschenbilder starkzumachen.

### Große Aufgaben – auch für Gewerkschaften

In fünf Foren arbeiteten die Teilnehmenden anschließend zu Sexismus und sexualisierter Gewalt, zur Anschlussfähigkeit des rechten Menschenbildes an die Mitte, zu PEGIDA und AfD sowie zu Islamismus, Salafismus und rechtem Terrorismus in Deutschland. „Die Erfahrungen beim Kongress gegen Rechts haben meinen Blick auf unsere Gesellschaft verändert“, so Jan Wegener, aktiv im Stadtjugendausschuss Dortmund. „Mir ist nochmal richtig bewusst geworden, dass wir als Gewerkschaftsjugend unsere Arbeit und unser Auftreten weiterentwickeln müssen, wenn wir die Gesellschaft verändern wollen. Darum bin ich nächstes Mal bestimmt auch wieder dabei.“

Der Kongress verdeutlichte erneut, wie wichtig diese Themen für den DGB NRW sind, und wirft ein Schlaglicht auf die großen Aufgaben, die vor der Gesellschaft liegen: Verhindern, dass Schwache und Schwächste gegeneinander ausgespielt werden. Rassistischer Mobilisierung entschieden begegnen. Wut und Ängste ernst nehmen. Und für eine solidarische Gesellschaft streiten. Die Antwort auf die drängenden Fragen unserer Zeit kann niemals Spaltung oder Rechtsruck bedeuten. Solidarität statt Rechtsruck muss die Antwort der Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen sein. //



DGB NRW: Dokumentationen vom Kongress „Solidarität statt Rechtsruck“  
[www.tinyurl.com/Doku-DGB-Kongress](http://www.tinyurl.com/Doku-DGB-Kongress)



DGB NRW: Argumente gegen Rechtspopulisten (16 Argumentationskarten)  
[www.nrw.dgb.de/gewerkschaften-gegen-rechts](http://www.nrw.dgb.de/gewerkschaften-gegen-rechts)



**Christoph Alt**

Pädagogischer Leiter des DGB-Jugendbildungszentrums „Willi-Bleicher-Haus“ in Hattingen

„Sparzwänge“ im Bildungsbereich

## Muss das sein?

Jüngst vermeldete das Statistische Bundesamt, dass die Bildungsausgaben in Deutschland 2014 auf 190,7 Milliarden Euro angestiegen seien – binnen Jahresfrist ein Anstieg um 4,2 Milliarden Euro und damit ein neuer Höchststand. Was sich so gut anhört, relativiert sich, wenn man die Bildungsausgaben – wie international üblich – mit der Wirtschaftsleistung eines Landes vergleicht: Denn dann ist es ein Rückgang von 6,0 auf 5,9 Prozent. Das ist übrigens auch weit entfernt von dem auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Herbst 2008 beschlossenen Ziel von sieben Prozent.

Einsparungen im Bildungsbereich werden häufig mit Zwängen im Sinne von nicht beeinflussbaren, vorgegebenen Rahmenbedingungen begründet. In der neoliberalen Wirtschaftspolitik wurde diesem Denken in den letzten Dekaden geschickt – um nicht zu sagen perfide – der Weg geebnet. Zunächst wurden die Steuern gesenkt, unter dem Motto „Wir müssen die Unternehmen entlasten“ oder „Die Steuerlast ist so hoch wie nie zuvor“. In absoluten Zahlen ist Letzteres sogar korrekt, in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt aber nicht. Kurzum: Steuereinnahmen wurden als „Last“ tituliert, die es zu verringern galt.

### Maastricht-Kriterien, Schuldenbremse und Fiskalpakt: Europa soll sparen

Zu Beginn der 1990er Jahre kam hinzu, dass man die ohnehin unbeliebte Staatsverschuldung als Mittel der Haushaltspolitik aufgab: Jede Forderung nach Mehrausgaben wurde mit dem Verweis auf die Maastricht-Kriterien abgelehnt, deren Erfüllung zur Bedingung für die Einführung des Euro gemacht wurde und die forderten, dass die Staatsverschuldung insgesamt nicht über 60 Prozent steigen dürfe und die Nettoneuverschuldung nicht über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zuvor hatte in der Staatsfinanzierung die Goldene Regel eine maßgebliche Rolle gespielt, nach der ein Anstieg der Verschuldung von den öffentlichen

Investitionen abhängen sollte. Dennoch wurde diese Marke in vielen Fällen nicht eingehalten. Mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt auf europäischer Ebene wurden diese Regelungen massiv verschärft. Außerdem soll eine Verschuldungsquote von mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Unterzeichner des Fiskalpaktes langfristig nicht mehr möglich sein.

Das Personal in der Kita ist so bemessen, dass alle Arbeiten gerade so erledigt werden können. Das Problem: Es sind fast nie alle KollegInnen anwesend. Krankheit, Fortbildungen, Urlaub, Überstundenabbau, Arbeitskreise – irgendetwas ist immer. Diese Fehlzeiten können nicht ausgeglichen werden und das Fehlen der dringend benötigten Vertretungskräfte führt zu Einschnitten bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben. Eine Erzieherin, die in der Küche die Hauswirtschaftskraft vertritt, kann nicht gleichzeitig Bildungsdokumentationen bearbeiten. Ein Erzieher, der die Aufsichtspflicht in der Nachbargruppe sicherstellt, weil die dort arbeitende Kollegin alleine ist und Kinder wickeln muss, kann nicht gleichzeitig die Kinder in der eigenen Gruppe fördern. Diese alltägliche Mangelverwaltung zeigt immer wieder die Finanzierungslücken auf.

Lothar Freerksema, Leitungsteam des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW NRW

Für etliche Staaten bedeutet das, dass sie aktuelle Schuldenstände massiv reduzieren müssen – auch Deutschland, wo die aktuelle Schuldenquote bei über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. Hier, wie in vielen anderen Staaten, hat die internationale Finanzkrise die Verschuldung öffentlicher Haushalte deutlich ansteigen lassen – und jetzt muss gespart werden, da das internationale Regelwerk das so vorsieht.

### An den richtigen Stellen sparen

Der Fiskalpakt gewinnt an Schärfe, weil er mit einem Sanktionsmechanismus ausgestattet ist. Staaten, die die 60-Prozentmarke überschreiten, sind nach dem Vertragswerk verpflichtet, diesen Schuldenüberhang im Schnitt um ein Zwanzigstel pro Jahr zu verringern. Man kann jedoch davon ausgehen, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik in vielen Fällen nicht ausreichen wird, um den vorgegebenen Schuldenabbaupfad erfolgreich zu bewältigen. Dann wird es notwendig sein, Steuern und Abgaben zu erhöhen und/oder Ausgaben zu senken. Erfahrungen mit prekären Finanzlagen weisen bisher aber vor allem in eine Richtung: noch mehr Sozialabbau.

Was aber sind die Gründe für die Staatsverschuldung? Programme zur Rettung der Banken haben die Schulden anwachsen lassen. Das heißt: Während sich das Vermögen der Reichen weiter vergrößerte, ist der Staat ärmer geworden. Um die Staatsschuldenkrise zu bekämpfen, braucht man deshalb keinen Fiskalpakt. Nötig ist vielmehr, den Staat zu stärken. Ein höherer Spitzensteuersatz und vor allem eine Finanztransaktions- sowie eine Vermögenssteuer können die öffentlichen Haushalte wieder auf eine solide Basis stellen. Das jetzige Vertragswerk setzt nicht an den Ursachen der Krise an.



Das lenkt die Öffentlichkeit von den tatsächlichen Problemen ab. Wichtig ist, staatliche Aufgaben solide zu finanzieren – Vermögenssteuern und -abgaben dürfen nicht länger tabu sein.

### Bildung darf kein Sparprogramm sein

Soziale Diskriminierung ist ein großes Problem der Bildungspolitik und kann besonders anschaulich anhand des sogenannten Bildungstrichters dargestellt werden: Während von 100 Kindern, deren Eltern AkademikerInnen sind, 79 die gymnasiale Oberstufe besuchen und 77 ein Hochschulstudium beginnen, fallen die Werte für Kinder von NichtakademikerInnen wesentlich ungünstiger aus: Hier besuchen von 100 Kindern

In den letzten Jahren sind die Zahlen der Studierenden extrem angestiegen, einige Hochschulen haben inzwischen mehr als doppelt so viele Studierende wie vor zehn Jahren. Als Reaktion darauf haben Bund und Land die Ausgaben für die Hochschulen erhöht – allerdings zeitlich befristet. Es ist vollkommen unklar, wie sich die finanzielle Situation der Hochschulen nach Auslaufen der Hochschulpakete darstellen wird. Klar ist hingegen, dass abgesehen von diesen zeitlich befristeten Sondermitteln die Hochschulen strukturell unterfinanziert sind. Dies wirkt sich schon heute auf die Beschäftigungsverhältnisse aus: Auch weil absehbar ist, dass das Geld nicht dauerhaft zur Verfügung stehen wird, werden viele Stellen nur befristet besetzt. Lehraufgaben werden vielfach von Lehrbeauftragten übernommen: Menschen, die quasi als Selbstständige für die Hochschulen arbeiten in „Rechtsverhältnissen eigener Art“ – das heißt: ohne Arbeitsvertrag, ohne betrieblichen Unfallversicherungsschutz und ohne Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen aus dieser Tätigkeit.

Bernadette Stolle, Leitungsteam der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW NRW

## Soll-Ist-Vergleich von Bedarf und Ausgaben für Gebäude und Außenanlagenbestand an Universitäten 2008 bis 2012 (kumuliert) in Millionen Euro

Bundesland	Ausgaben	Bedarf	Finanzierungs-saldo	Finanzierungssaldo in % des Bedarfs
Baden-Württemberg	715	1.159	- 444	- 38
Bayern	390	609	- 219	- 36
Berlin	186	624	- 438	- 70
Brandenburg	95	171	- 76	- 44
Bremen	41	161	- 120	- 75
Hamburg	97	253	- 156	- 62
Hessen	572	808	- 236	- 29
Mecklenburg-Vorpommern	93	129	- 36	- 28
Niedersachsen	544	970	- 426	- 44
Nordrhein-Westfalen	1.327	1.793	- 466	- 26
Rheinland-Pfalz	264	370	- 106	- 29
Saarland	78	147	- 69	- 47
Sachsen	496	509	- 13	- 3
Sachsen-Anhalt	93	212	- 119	- 56
Schleswig-Holstein	94	195	- 101	- 52
Thüringen	94	209	- 115	- 55
<b>Deutschland</b>	<b>5.179</b>	<b>8.319</b>	<b>- 3.140</b>	<b>- 38</b>

Quelle: Jana Stibbe / Friedrich Stratmann (2014): Bau- und Instandsetzungsbedarf in den Universitäten, Soll-Ist-Vergleich für den Zeitraum 2008 bis 2012, S. 34

nur 43 die gymnasiale Oberstufe, und lediglich 23 Kinder beginnen ein Hochschulstudium. Von Relevanz ist die Frage nach der sozialen Herkunft von Studierenden und der Durchlässigkeit des Bildungssystems mit Blick auf die zukünftigen Einkommenschancen: Personen mit einem Hochschulabschluss verdienen im Durchschnitt 70 Prozent mehr als Personen mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung und sogar doppelt so viel wie Menschen ohne Berufsausbildung. Hinzu kommt, dass eine akademische Ausbildung deutlich das Risiko senkt, arbeitslos zu werden.

Für den Hochschulbereich ist im Jahr 2014 eine Studie erschienen, die sich auf Basis eines Soll-Ist-Vergleichs für den Zeitraum 2008 bis 2012 mit dem Bau- und Instandsetzungsbedarf an Universitäten und Fachhochschulen befasst (s. Tabelle). Für ihre Untersuchung haben Jana Stibbe und Friedrich Stratmann einen Erhebungsbogen an 238 staatliche Hochschulen – darunter Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen – versandt. Der Rücklauf ermöglichte eine sichere Auswertung für die Universitäten: Auf Basis der Angaben von 71 Universitäten – angeschrieben wurden 83 – konnte ein aussagekräftiger Soll-Ist-Vergleich auf Ebene der Bundesländer vorgenommen werden.

Der Soll-Ist-Vergleich weist für Deutschland eine kumulierte Unterfinanzierung (Finanzierungssaldo) von 3,14 Milliarden Euro aus. Das entspricht 38 Prozent des gesamten Bedarfs. Dabei fällt die Unterfinanzierung in den Bundesländern höchst unterschiedlich aus. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass in den Jahren 2010 und 2011 den Bundesländern Mittel im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes zugeflossen sind, die zum Teil auch für Baumaßnahmen an den Hochschulen verwendet wurden. Aber trotz der Konjunkturfördermittel vom Bund und vom Land besteht in Nordrhein-Westfalen eine erhebliche kumulierte Unterfinanzierung von 29 Prozent.

### Problemlagen in NRW

In Nordrhein-Westfalen zeigt ein Blick in die Presse aktuelle Brennpunkte der bildungspolitischen Auseinandersetzungen.

- ◆ Die Landesregierung hatte versprochen, das Problem der ungerechten Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte lösen zu wollen.
- ◆ Die Arbeitsverdichtung hat in den letzten Jahren stetig zugenommen.
- ◆ Inklusion ist eine Mogelpackung, unter der Sparpolitik betrieben wird.
- ◆ Es gibt keine ausreichende Vertretungsreserve.
- ◆ Die SchülerInnen-LehrerInnen-Relation ist die schlechteste in Deutschland.

Defekte Kopierer und Unterrichtstechnik, veraltete Schulbücher und fehlendes Unterrichtsmaterial, sanierungsbedürftige, nicht behindertengerechte Schulgebäude mit undichten Fenstern, löchrigen Dächern oder unzumutbare Toiletten sind keine Seltenheit in Nordrhein-Westfalen, sondern gehören für viele LehrerInnen und SchülerInnen zum Schulalltag. Aber nicht nur die Ausstattung der Schulen, sondern auch die personellen Ressourcen zeigen, wie unterfinanziert Bildung in Schule ist: Stunden fallen komplett aus, weil keine Stellenreserven vorhanden sind, um beispielsweise kranke Lehrkräfte angemessen vertreten zu können. Das System Schule ist sowohl durch die Schulträger als auch durch das Land deutlich unterfinanziert.

Mira Duk, Leitungsteam des Referats Bildungspolitik der GEW NRW

- ◆ Eine Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte wird nicht verhandelt.

Diese Forderungen könnten mit einer besseren finanziellen Ausstattung des Bildungsbereichs gelöst werden.

Roman Jaich beziffert in seinem aktuellen Forschungsbericht „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen“ die Kosten für zentrale Forderungen für Verbesserungen im Bildungswesen:

- ◆ Frühkindliche Bildung: Verbesserung der Betreuungssituation hinsichtlich verfügbarer Plätze und Gruppengröße
- ◆ Schule: Verbesserung des LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses und SozialarbeiterInnen an die Schule
- ◆ Berufsausbildung: Ausbildungsmöglichkeiten für alle jungen Erwachsenen
- ◆ Verbesserung der Hochschulsituation, Abschaffung der Studiengebühren sowie ein bedarfsgerechter Ausbau dieses Bereichs
- ◆ Weiterbildung: Bildungsberatung sowie Ausbau der Weiterbildungsbeteiligung

Quer zu den Bildungsbereichen sind die Ausgaben des Bundes für die Bildung in den Blick zu nehmen: Zu nennen sind hier vor allem die Förderungen nach Bundesausbildungsförderungsgesetz, das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz sowie die Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildung. Für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen ergeben sich aus den notwendigen Verbesserungen im Bildungssektor zusätzliche Finanzierungsbedarfe in Milliardenhöhe:

- ◆ Kindertagesstätten: 2.353.031.182,- Euro
- ◆ Allgemeinbildende Schulen (ohne Inklusion, da hier unterschiedliche Szenarien gebildet wurden): 4.195.437.99,- Euro

- ◆ Berufliche Bildung: 911.768.212,- Euro
  - ◆ Hochschule: 2.221.454.684,- Euro
  - ◆ Weiterbildung: 199.569.935,- Euro
- Über alle Bildungsbereiche hinweg ergibt sich so eine Gesamtsumme von 9.881.262.004,- Euro.

### Wege aus der Bildungskrise

Um die Krise des deutschen Bildungssystems zu überwinden, bedarf es grundlegender Änderungen innerhalb des Systems. Es genügt nicht, nur an einzelnen kleinen Stellschrauben zu drehen. Das gesamte System ist aufgrund der dargestellten Grundlagen nicht fähig – und auch nicht dafür konzipiert – den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Erforderlich ist eine grundsätzliche Neujustierung, zu der unter anderem eine Neuausrichtung der Beziehung von Lehrenden und Lernenden, der Organisation von Bildungseinrichtungen und -angeboten sowie der Inhalte und Ziele von Bildung gehören.

Da Bildung immer in einem gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden muss, ist sie als Fundament für eine demokratische und solidarische Gesellschaftsordnung zu begreifen. Dies beinhaltet vor allem, dass Bildung als emanzipatorischer Prozess des Individuums zur größeren Unabhängigkeit von Herrschaft ausgestaltet werden sollte. Denn damit Individuen in demokratischen Prozessen unabhängig entscheiden können, benötigen sie umfangreiche Kenntnisse über die zugrunde liegenden Probleme und darüber, welche Auswirkungen verschiedene Lösungsansätze mit sich bringen. Es darf keinen Herrscher, keine Eliten, keine Regierung geben, die durch ein Informationsmonopol

die Entscheidungen innerhalb demokratischer Prozesse zu ihren Gunsten verschieben können. Aus diesem Grund muss der Zugang zu diesen Kenntnissen so frei wie möglich gestaltet werden und als Bürgerrecht verankert werden.

Außerdem dürfen Bildungseinrichtungen und die dort stattfindenden Bildungsprozesse nicht durch Dritte – etwa durch Wirtschaft oder Politik – bevormundet werden. Die Einrichtung beziehungsweise die Lehre darf nicht so strukturiert sein, dass die zu vermittelnde Methodik und das zu vermittelnde Wissen ausschließlich einzelnen Interessen dienen, zum Beispiel einer möglichst schnellen ökonomischen Verwertung. BildungsteilnehmerInnen sollten gemeinsam über Inhalte und Methodik entscheiden dürfen. Insofern ist auch eine finanzielle Unabhängigkeit der Bildungseinrichtungen sicherzustellen. //



**Roman Jaich: Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Stand und Herausforderungen (Hrsg.: GEW)**

[www.tinyurl.com/Jaich-Forschungsbericht](http://www.tinyurl.com/Jaich-Forschungsbericht)



**Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2016**

[www.tinyurl.com/Memorandum-2016](http://www.tinyurl.com/Memorandum-2016)



**Gunter Quaißer**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik



## Demografische Rendite

## Vom Ende einer Hoffnung



Im November 2015 stellte das nordrhein-westfälische Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW NRW) seine aktuelle „Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2049/2050“ vor. Konfrontiert man die Ergebnisse der Schülerzahlenprognose für die Zeit bis zum Schuljahr 2020/2021 – also für die unmittelbar kommenden Jahre – mit Daten der aktuellen Bevölkerungsentwicklung, wird schnell deutlich: Die demografische Entwicklung hat die demografische Rendite zu Grabe getragen.

Ein Vergleich der Ist-Werte des Schuljahres 2014/2015 mit den Prognosewerten für das Schuljahr 2020/2021 zeigt, dass das MSW NRW weiterhin sinkende Schülerzahlen vorhersagt (s. Tabelle 1). Folgt man dieser Prognose, so wird es auch noch in den Jahren bis 2020/2021 einen Schülerzahlenrückgang geben, wenn auch gegenüber den vergangenen Jahren deutlich abgeschwächt. In der Primarstufe gehen die Schülerzahlen noch auf 97,1 Prozent, in der Sekundarstufe I auf 92,2 Prozent und in der Sekundarstufe II auf 94,6 Prozent zurück. Der Hoffnung, aus den durch den Schülerzahlenrückgang frei werdenden Mitteln Verbesserungen im Schulwesen finanzieren zu können, wird damit die Basis weitgehend entzogen.

### Die Realität übertrifft die Prognosen

Nun zeigt ein Blick in die neuere demografische Entwicklung, dass dieser Rückgang der Schülerzahlen noch geringer sein oder sogar ganz ausfallen wird. Einen ersten Hinweis darauf liefert ein Vergleich der Bevölkerungsprognose, die der nordrhein-westfälischen Schülerzahlenprognose zugrunde liegt, mit der im Herbst 2015 vom Statistischen Bundesamt in Abstimmung mit den Statistischen Landesämtern für NRW vorgelegten Bevölkerungsprognose (s. Tabelle 2). Dieser Vergleich ist besonders aufschlussreich, weil beide Prognosen vom Basisjahr 2013 ausgehen. Die „13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“ – so heißt die Prognose des Statistischen Bundesamtes – erwartet in der hier herangezogenen Variante 2 bei den

voraussichtlichen Geburtenzahlen ebenso wie in den drei Altersgruppen, die die demografischen Bezugsjahrgänge der Schulstufen sind, deutlich höhere Werte: Schon für das erste Prognosejahr 2014 liegen die Prognosewerte aus Wiesbaden um etwa 6.300 höher als die Werte, von denen das MSW NRW für seine Schülerzahlenprognose ausgeht. Für 2020 übersteigt sie die entsprechenden Werte aus NRW um etwa 51.900.

Aber auch die höheren Werte des Statistischen Bundesamtes werden bereits 2014 durch die tatsächliche Entwicklung übertroffen (s. Tabelle 3): Insgesamt übersteigen in der Gruppe der 6- bis unter 19-Jährigen die Ist-Werte

des Jahres 2014 die Wiesbadener Prognosewerte für 2014 um etwa 6.500 – wobei diese Prognosewerte des Statistischen Bundesamtes die aus Nordrhein-Westfalen bereits um etwa 6.400 übersteigen. Besonders beeindruckend sind aber die Abweichungen bei den unter Einjährigen.

Die Prognose aus NRW geht von 145.147 unter Einjährigen aus, die des Statistischen Bundesamtes von 147.500, während der tatsächliche Wert 2014 mit 155.019 den Landesprognosewert für dieses Jahr um 9.872 und den Prognosewert des Statistischen Bundesamtes um 7.519 übersteigt. Damit liegt NRW im Trend: Deutschlandweit lag 2014 die Zahl der Geburten um 32.858 höher als 2013. Auch wenn die Geburtenzahlen des Jahres 2015 noch nicht bekannt sind, lassen doch erste Hinweise aus einzelnen Städten erwarten, dass auch 2015 die Zahl der Geburten im Vergleich zu früheren Jahren zumindest auf dem 2014 erreichten hohen Niveau verharren wird.

Jahr	Primarstufe		Sekundarstufe I		Sekundarstufe II	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2014 (Ist-Werte)	659.504	100,0	1.018.553	100,0	841.685	100,0
2020/2021	640.350	97,1	938.790	92,2	795.830	94,6

Tabelle 1: Im Vergleich: die Schülerzahlen des Schuljahres 2014/2015 mit den vom MSW NRW prognostizierten Zahlen für das Schuljahr 2020/2021

Altersgruppe	2013 (Ist-Werte)	2014 (Prognose)			2020 (Prognose)		
		MSW NRW	Stat. BA	Differenz	MSW NRW	Stat. BA	Differenz
unter 1	146.245	145.147	147.500	2.353	146.777	152.400	5.623
6 bis unter 10	618.444	611.199	614.700	3.501	587.328	607.100	19.772
10 bis unter 16	1.035.351	1.013.440	1.015.400	1.960	915.215	935.000	19.785
16 bis unter 19	572.028	572.713	573.600	887	491.232	503.600	12.368
<b>6 bis unter 19</b>				<b>6.348</b>			<b>51.925</b>

Tabelle 2: Im Vergleich: die Prognosen für die Schülerzahlen des MSW NRW und die Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes (Stat. BA), ausgehend vom Jahr 2013

Altersgruppe	Statistisches Bundesamt	Ist-Werte	Differenz
unter 1	147.500	155.019	7.519
6 bis unter 10	614.700	609.183	5.517
10 bis unter 16	1.015.400	1.024.269	8.869
16 bis unter 19	573.600	576.735	3.135
<b>6 bis unter 19</b>	<b>2.203.700</b>	<b>2.210.187</b>	<b>6.487</b>

Tabelle 3: Prognosewerte des Statistischen Bundesamtes für 2014 und Ist-Werte 2014

Begleitet wird dieser Wiederanstieg der Geburtenzahlen durch die 2015 stark angestiegene Zuwanderung von Geflüchteten. Wenn man davon ausgeht, dass etwa 15 Prozent der Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen bleiben werden – so hoch ist der Anteil derer, die hier einen Asylantrag gestellt haben –, so ergibt sich, dass von den bundesweit 1,1 Millionen Geflüchteten 165.000 in NRW leben werden. Von ihnen werden in der Altersgruppe der potenziellen SchülerInnen etwa 36.500 zusätzliche Kinder und Jugendliche Schulen besuchen.

### Bedarf bleibt – Finanzierungspotenzial verschwunden

Aus den Prognosewerten des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für 2020, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen in NRW um etwa 51.900 ansteigen wird. Vermutlich werden die Zahlen jedoch aus drei Gründen noch höher ausfallen:

- ◆ Bereits die Ist-Werte des Jahres 2014 liegen um etwa 6.500 höher als die vom Statistischen Bundesamt für 2014 prognostizierten Werte.
- ◆ Die Geburtenzahlen des Jahres 2015 liegen um etwa 7.500 höher als vom Statistischen Bundesamt erwartet.
- ◆ Die Zahl der geflüchteten Kinder, die allein 2015 nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, liegt in der Altersgruppe der Sechs- bis unter 19-Jährigen bei 36.500.

Diese Zusammenschau aktueller demografischer Daten macht deutlich: In den kommenden Jahren sind Mitteleinsparungen aus einem demografisch verursachten Rückgang der Schülerzahlen kaum mehr zu erwarten. Damit muss auch die in 2013 im Auftrag der GEW NRW erstellte Expertise „Perspektiven und Chancen. Zur demografischen Entwicklung und zum Lehrerbedarf in Nordrhein-Westfalen“ in Teilen als überholt eingeschätzt werden. Der damals aufgezeigte Lehrerstellenbedarf für Inklusion, für Ganztagschulen, für Schul- und Unterrichtsentwicklung, für die im Schulkonsens vereinbarten Maßnahmen sowie für den dringend erforderlichen Ausbau der Krippenangebote für unter Dreijährige bleibt

Altersgruppe	in %	absolut
insgesamt	100	165.000
unter 3	7,5	12.375
3 bis unter 6	5,2	8.580
6 bis unter 10	6,1	10.065
10 bis unter 16	7,7	12.705
16 bis unter 19	8,3	13.695
<b>6 bis unter 19</b>	<b>22,1</b>	<b>36.465</b>

Tabelle 4: voraussichtliche Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Nordrhein-Westfalen

zwar unverändert bestehen, wird aber nicht aus einer demografischen Rendite finanziert werden können. Ohne eine Ausweitung des Bildungshaushalts drohen in Nordrhein-Westfalen Stillstand oder auch Rückschritt. //



**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl (Dezember 2015)**  
www.tinyurl.com/BAMF-Asyl-Zahlen



**Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen zu Asyl in Deutschland**  
www.tinyurl.com/bpb-Zahlen-Asyl



**MSW NRW: Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2049/50**  
www.tinyurl.com/MSW-NRW-Prognose



**Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2060. Ergebnisse der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung**  
www.tinyurl.com/Statistische-BA-Prognose



**Klaus Klemm: Perspektiven und Chancen. Zur demografischen Entwicklung und zum Lehrerbedarf in Deutschland (Studie im Auftrag der GEW NRW)**  
www.tinyurl.com/Klemm-Perspektiven-Chancen



Prof. em. Dr. Klaus Klemm  
Bildungsforscher

## Stellenforderung der GEW NRW

### Gute Bildung braucht mehr

„Gute Bildungspolitik ist zugleich präventive Sozial-, Wirtschafts- und Integrationspolitik.“ So steht es im Koalitionsvertrag der Landesregierung. Angesichts der Zuwanderung von Geflüchteten kommt dieser Aussage noch mehr Aktualität zu. Doch durch die Sparpolitik des Landes kommen die Ausgaben für Bildung bei Weitem zu kurz.

Auf dem Dresdner Bildungsgipfel wurde schon 2008 vereinbart, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufzuwenden. Von diesem Ziel sind wir trotz wachsender bildungspolitischer Aufgaben noch weit entfernt: Der Anteil für diesen Bereich beträgt in Deutschland lediglich 5,1 Prozent. Im Ländervergleich kämpft NRW mit Schleswig-Holstein um die rote Laterne. Laut Statistischem Bundesamt gab NRW für die Ausbildung je SchülerIn im Jahr 2013 durchschnittlich 6.200,- Euro aus und belegt nach Schleswig-Holstein mit 6.300,- Euro den letzten Platz. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 7.100,- Euro pro Kopf.

Ausgelöst durch die Bildungsreformen der Landesregierung – individuelle Förderung, Inklusion, Integration, Schulstruktur, Zunahme von Teilstandorten und notwendige Fortbildungen – ist es sukzessive zu einer Ausweitung der Aufgaben und der damit einhergehenden Arbeitsbelastung der LehrerInnen gekommen. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser zu leistenden Arbeit stößt an die Grenzen der Belastbarkeit der KollegInnen. Deshalb brauchen wir dringend mehr Ressourcen für die Umsetzung der Inklusion, für Integration durch Bildung und muttersprachlichen Unterricht, für eine Reduzierung der Arbeitszeit, für eine Verdoppelung der Anrechnungsstunden und für den Ausbau der Vertretungsreserve auf sieben Prozent. Allein für das Schließen der Kienbaumlücke werden 3.432 Stellen benötigt. Die Kienbaumlücke beschreibt die Differenz zwischen dem berechneten und tatsächlichen Bedarf an Lehrerstellen. In die Berechnung fließen die Parameter Klassenfrequenzrichtwert, Lehrerwochenstunden je Stelle und Bedarf an Lehrerwochenstunden je Klasse ein. Mit einer gerechteren Steuerpolitik, die höhere Einkommen und Vermögen stärker heranzieht, kann das auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse umgesetzt werden.

Anette Mevenkamp, Leiterin des Referats C  
(Schulrecht, Bildungsfinanzierung und -statistik) der GEW NRW





Foto: Jan M. / photocase.de

## Bildungsfinanzierung

# Auf Sparflamme?

Die Schuldenbremse zwingt zu Sparmaßnahmen im Bildungsbereich. Die demografische Rendite ist – so Prof. em Dr. Klaus Klemm – längst keine Größe mehr, mit der die Landesregierung planen und auf Einsparungen hoffen kann. Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es demnach für Land und Kommunen, um Gute Bildung sicherzustellen? Die nds hat dazu zwei Experten gefragt.

### Ansgar Klinger



... leitet den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung beim Hauptvorstand der GEW. Seit 2006 gehört er außerdem der AG Bildungsfinanzierung der GEW an.

Für die GEW stand schon vor den demografischen Veränderungen infolge der vielen Geflüchteten fest, dass die aus den rückläufigen Schülerzahlen vermeintlich frei werdenden Mittel nicht für Einsparungen, sondern für Qualitätsverbesserungen genutzt werden müssen.

Denn nach wie vor ist das Bildungswesen in Deutschland unterfinanziert. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt dies unablässig in ihrem jährlichen Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“. Im jüngst referierten Jahr 2012 beträgt der Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben in Deutschland gerade einmal 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während der OECD-Durchschnitt in diesem Bereich bei 6,1 Prozent liegt. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Herbst 2008 haben die Bundeskanzlerin und die MinisterpräsidentInnen der Länder vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Aufwendungen für Bildung insgesamt auf sieben Prozent und diejenigen für Forschung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.

Die GEW hat jüngst in einem Gutachten ermitteln lassen, wie viel genau einzelne gebotene Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungswesen kosten (s. Tabelle 1): Allein in NRW ergibt sich daraus eine Summe von zusätzlich rund elf Milliarden Euro für notwendige Verbesserungen im Bildungssektor. Hinzu kommt ein baulicher Investitionsbedarf für Bildungseinrichtungen

in Höhe von mindestens acht Milliarden Euro. Diese sind jedoch auf mehrere Jahre zu verteilen.

Die GEW hat mit ihrem Steuerkonzept und dessen aktueller Neuberechnung nachgewiesen, dass solche Verbesserungen im Bildungswesen und eine insgesamt bessere öffentliche Infrastruktur ohne revolutionäre Veränderungen finanzierbar sind. Im Wesentlichen geht es darum, die Wohlhabenden in unserer Gesellschaft stärker ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu unterziehen. Nicht nur der Bund und die Länder, auch die Kommunen als Träger der Schulen und Kindertageseinrichtungen profitieren vom Steuerkonzept der GEW. Das Land NRW und die Kommunen erhielten allein im Jahr 2016 nach Finanzausgleich ein Steuermehraufkommen in Höhe von 15,2 Milliarden Euro. Die „Panama Papers“ dürften noch eine beachtliche Summe zusätzlich liefern. //

**Tabelle 1: Zusätzlicher Finanzbedarf für Verbesserungen im Bildungswesen in NRW in Milliarden Euro**

Kindertagesstätten: Ausbau und Qualitätsverbesserungen	2,4
Allgemeinbildende Schulen: Verbesserungen im Ganztag und in der Personalausstattung	4,2
Allgemeinbildende Schulen: Umsetzung der Inklusion (Quote: 80 bis 100 Prozent)	1,1 bis 1,4
Berufsbildende Schulen: Verbesserung der Personalausstattung und der Inklusion	0,9
Hochschulen: Verbesserung der Personal- und Sachmittelausstattung	2,2
Weiterbildung: Steigerung der Förderung auf 1 Prozent des Bildungsetats des Landeshaushalts, Aufbau einer Bildungsberatung	0,2
<b>Summe</b>	<b>11,0 bis 11,3</b>

Quelle: Roman Jaich: Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand. Frankfurt a. M. 2016

**Tabelle 2: Steuerkonzept der GEW: Aufkommenswirkung im Jahr 2016 in Milliarden Euro**

Lohn- und Einkommensteuer	11,3
Körperschafts- und Gemeindefischsteuer	36,3
Vermögensbesteuerung	26,0
Effektiver Steuervollzug	12,0
Finanzproduktsteuer	13,5
<b>Summe</b>	<b>99,1</b>
<b>davon Bund</b>	<b>28,1</b>
<b>davon Länder und Kommunen</b>	<b>71,0</b>

Quelle: GEW (Hg.): Richtig gerechnet! Das Steuerkonzept der GEW. Frankfurt a. M. 2016

## Prof. Dr. Axel Plünnecke



... leitet das Kompetenzfeld Bildung, Zuwanderung und Innovation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Zwar gibt es im Bildungssystem keinen direkten Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben und Bildungsqualität, dennoch können die Bildungsausgaben eine erste Näherung für die Qualität der Rahmenbedingungen im Bildungssystem beschreiben.

### Bildungsteilhabe weiter verbessern

Zunächst ist festzustellen: Die Chancen der heutigen Generation auf Teilhabe im Bildungssystem haben sich gegenüber früheren Generationen verbessert. So sind beispielsweise die Bildungsausgaben pro EinwohnerIn im Alter von unter 30 Jahren in den letzten 40 Jahren deutlich gestiegen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein höherer Anteil der unter 30-Jährigen heute an Bildung teilnimmt. So profitieren heute nahezu alle Kinder von der frühkindlichen Förderung ab einem Alter von drei Jahren im Kindergarten. Auch bei der Betreuung der unter Dreijährigen gab es deutliche

Fortschritte. Eine steigende Teilnahme ist auch an den Hochschulen festzustellen, sodass die heutige StudienabsolventInnenquote etwa dreimal so hoch ist wie die in den 1970er Jahren. Neben steigenden Teilnahmequoten zeigen sich auch bessere Rahmenbedingungen an den Schulen, etwa eine günstigere SchülerInnen-LehrerInnen-Relation oder der Ausbau von Ganztagschulen. Lediglich an den Hochschulen sind die öffentlichen Ausgaben je Studierenden leicht rückläufig.

In Zukunft muss vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter erhöht werden. Es sind alle Fachkräftepotenziale zu erschließen. Änderungen der Familiensituation machen einen weiteren Ausbau von Ganztageseinrichtungen und frühkindlicher Förderung notwendig. Diese Maßnahmen verbessern die Bildungsgerechtigkeit und sind auch aus fiskalischer Sicht für die öffentliche Hand rentierlich.

### Bildungszugänge ermöglichen

Seit 2014 sind über eine Millionen Geflüchtete nach Deutschland zugewandert. Rund 30 Prozent von ihnen sind minderjährig und münden damit in Schule oder Berufsausbildung ein. Für erwachsene Geflüchtete ist die Qualifikationsbasis zu sichern und auszubauen. Bisher ist weniger als die Hälfte der erwachsenen und anerkannten Geflüchteten beschäftigt und die Hälfte der beschäftigten Geflüchteten ist wiederum nur in Hilfstätigkeiten aktiv. Aus Sicht der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Unternehmen sind vor allem fehlende Deutschkenntnisse sowie Qualifikationsdefizite und mangelnde Kenntnisse zum Qualifikationsstand wesentliche Beschäftigungshemmnisse. Auf Basis der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und dem Sozio-ökonomischen

Panel durchgeführten Migrationsstichprobe zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit erwerbstätig zu sein für erwachsene Zugewanderte bei schlechten Deutschkenntnissen um 18,3 Prozentpunkte sinkt. Bezogen auf eine qualifizierte Beschäftigung ist der Effekt der Sprachkenntnisse noch einmal deutlich größer.

Notwendig sind für eine erfolgreiche Integration folglich vor allem zusätzliche Sprachkurse. Dazu sind Angebote zur arbeitsplatzbezogenen Grundbildung, Nachqualifizierungsangebote sowie zusätzliche Maßnahmen wie WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer ArbeitnehmerInnen in Unternehmen) für die Beschäftigten in Hilfstätigkeiten auszubauen. Für Personen im Bildungssystem sind ausbildungsbegleitende Hilfen und andere Unterstützungsmaßnahmen notwendig. Für die über 300.000 zusätzlichen SchülerInnen werden zusätzliche Lehrerstellen und sozialpädagogisches Personal benötigt. Allein die mehr als 30.000 notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen werden nur schwer zu besetzen sein, sodass auch ein Teil der PensionärInnen reaktiviert werden sollte.

### Lohnende Investitionen

Für alle Maßnahmen zusammen dürfte der Bedarf an zusätzlichen Bildungsausgaben pro Jahr allein für die Geflüchteten bei über fünf Milliarden Euro liegen, sich aber langfristig für die öffentliche Hand auszahlen. In Fragen der Fachkräftesicherung und der Migration von Geflüchteten ist dabei eine Finanzierungsverantwortung für den Bund abzuleiten. Dieser kann die zusätzlichen Ausgaben zumindest aus heutiger Sicht für die nächsten Jahre bei entsprechender Prioritätensetzung finanzieren, ohne Steuererhöhungen zu benötigen oder die Schuldenbremse zu verletzen. //





Kommentar: Mehr in Bildung investieren

## Härtere Zeiten nach harten Zeiten?

**Bislang konnte sich die Landesregierung damit durchsetzen, politisch gewollte Reformen mittels der demografischen Rendite zu finanzieren und zugleich die notwendige Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in den Schulen zu blockieren. Wie wird es um Gute Bildung und Gute Arbeit bestellt sein, wenn mit einer demografischen Rendite nicht mehr zu rechnen ist?**

Ausbau des gebundenen Ganztags, islamischer Religionsunterricht, Erhöhung der Leitungszeit und Schulkonsens – Beispiele für schulpolitische Maßnahmen, die aus der demografischen Rendite finanziert wurden. Senkung der Pflichtstundenzahl, mehr Anrechnungstunden, Streichung des bedarfsdeckenden Unterrichts sowie deutlich kleinere Klassen und Lerngruppen in allen Schulformen – Beispiele für notwendige Verbesserungen und gewerkschaftliche Forderungen, die blockiert wurden. Betrachtet man zudem die harten Auseinandersetzungen um die Einkommen der LehrerInnen – egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt –, so wird deutlich, dass die Landespolitik (unterfinanzierten) Reformen regelmäßig den Vorzug vor einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen gab.

Nun weist Prof. em. Dr. Klaus Klemm nach, dass „in den kommenden Jahren Mitteleinsparungen aus einem demografisch verursachten Rückgang der Schülerzahlen kaum mehr zu erwarten sind“ (s. Seite 20 bis 21). Er folgert: „Ohne eine Ausweitung des Bildungshaushalts

drohen in Nordrhein-Westfalen Stillstand oder auch Rückschritt.“ Damit ist letztlich auch der Bildungsgewerkschaft das Argument genommen, erforderliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch Stellen zu ermöglichen, die aus der Demografierendite gewonnen werden. Keine Demografierendite und Schuldenbremse – Gute Arbeit ade?

### Mehr Geld für öffentliche Daseinsvorsorge

Wie tragfähig sind die öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030? Zu dieser Fragestellung hörte eine Enquetekommission des Landtags schon vor gut zwei Jahren ExpertInnen an. In ihrer schriftlichen Stellungnahme für die Anhörung machte Dr. Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung deutlich: „Da wir bereits heute eine erhebliche Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte verzeichnen, müssen zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Aufgrund der nach wie vor sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung (...) sollten hohe Einkommen und Vermögen dabei im Fokus stehen. Steuererhöhungen sind notwendig, um wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, die Kommunen zu unterstützen und dennoch die Schuldenbremse einhalten zu können, die ab 2020 (strukturell) ausgeglichene Landeshaushalte erfordert.“

Wirtschafts- und Steuerpolitik als Grundlage der Bildungsfinanzierung müssen von der GEW

stärker in den Blick genommen werden. Das Steuerkonzept der Bildungsgewerkschaft weist hier den Weg (s. Seite 22).

### Sagen, was nicht prioritär ist

Bei Veranstaltungen von politischen Parteien, von Stiftungen oder Schulträgern zur Inklusion sind die Arbeitsbedingungen im Gemeinsamen Lernen höchstens Randthema. Auf Personalversammlungen und im Rahmen von Gewerkschaftsveranstaltungen stehen sie hingegen im Mittelpunkt. Das ist nicht nur gut so, das ist attraktives Alleinstellungsmerkmal der GEW für KollegInnen – nicht nur im Personalratswahlkampf.

GEW-Politik ohne die Forderung nach Bildungsreformen, die mehr Chancengleichheit ermöglichen, ist nicht denkbar. In (noch) härteren Zeiten wird es aber stärker darauf ankommen, auch zu sagen, welche (Reform-)Maßnahme aus Sicht der GEW keine Priorität hat. Es sei denn, der fürsorgende öffentliche Arbeitgeber finanziert angesichts der Schuldenbremse bildungspolitische Reformen und bessere Arbeitsbedingungen. Möglich ist das. Man muss es nur politisch wollen. Mehr Gerechtigkeit wagen – nennen es derzeit manche. //



**Dorothea Schäfer**  
Vorsitzende der GEW NRW

Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen

## Gute Streikbeteiligung – guter Kompromiss

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen ist am 29. April 2016 mit einem guten Kompromiss zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) und dem Bund zu Ende gegangen. Dem Ergebnis waren eindrucksvolle Warnstreiks der Beschäftigten vorausgegangen.

Für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) konnten unter anderem folgende Ergebnisse erzielt werden:

- ◆ Entgelterhöhungen ab 1. März 2016 um 2,4 Prozent, ab 1. Februar 2017 um 2,35 Prozent
- ◆ Sicherung der Leistungen aus der Zusatzversorgung (Betriebsrente)
- ◆ neue Entgeltordnung für den allgemeinen Teil des TVöD VKA (gültig ab 1. Januar 2017)
- ◆ für Azubis 35,- Euro mehr ab 1. März 2016 und 30,- Euro mehr ab 1. Februar 2017
- ◆ ein Tag mehr Urlaub für Azubis (29 Tage)
- ◆ stufengleiche Höhergruppierung ab 1. März 2017

Die GEW-Tarifkommission bewertete den Abschluss insgesamt positiv und stimmte mehrheitlich zu. Der Koordinierungsvorstand der Bildungsgewerkschaft folgte dem Empfehlungsbeschluss und stimmte dem Tarifergebnis ebenfalls zu.

### Allgemeine Entgeltordnung tritt endlich in Kraft

Von der neuen Entgeltordnung profitieren viele Beschäftigtengruppen durch eine bessere Eingruppierung, darunter auch die KollegInnen in den kommunalen Krankenhäusern, in Pflege- und Betreuungseinrichtungen sowie SchulhausmeisterInnen. Schon vor den Verhandlungen war klar, dass die Kosten für die allgemeine

Entgeltordnung im Bereich der Kommunen, die nun über zehn Jahre (!) nach Inkrafttreten des TVöD endlich erreicht worden ist, kompensiert werden müssten. Dazu haben die Tarifvertragsparteien vereinbart: Die Jahressonderzahlung wird für 2016 bis 2018 „eingefroren“ – für diese Zeitspanne werden die Tarifierhöhungen also nicht auf sie angerechnet. Zusätzlich wird sie ab 2017 um vier Prozentpunkte verringert. Damit tragen die ArbeitnehmerInnen solidarisch einen Anteil an den Mehrkosten für die neue Entgeltordnung.

Dieser Knackpunkt wurde in der Bundestarifkommission ausführlich und sehr kritisch diskutiert, deutlich wurde aber: Auch wenn die Jahressonderzahlung zunächst eingefroren wird, bekommen die Beschäftigten mit den relativ guten Gehaltserhöhungen insgesamt mehr Geld. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, resümierte in ihrer Rede am 1. Mai in Herne: „Das Tarifergebnis kann sich sehen lassen. Neben spürbaren Gehaltserhöhungen konnte die Betriebsrente gesichert und endlich eine allgemeine Entgeltordnung erreicht werden.“

### Leistungen aus der Betriebsrente gesichert

Dort, wo eine der 15 kommunalen Zusatzversorgungskassen (ZVK) finanzielle Probleme hat, werden die Arbeitnehmerbeiträge innerhalb von

drei Jahren in drei Schritten um insgesamt 0,4 Prozentpunkte erhöht (+ 0,2 Prozent zum 1. Juli 2016, jeweils + 0,1 Prozent zum 1. Juli 2017 und 2018). Die Arbeitgeber müssen bis zum Ende der Laufzeit den gleichen finanziellen Beitrag leisten. Diese Lösung ist für zehn Jahre tarifvertraglich festgeschrieben, sodass die Leistungen aus der Zusatzversorgung für die nächsten Jahre gesichert sind. Für Pflichtversicherte, die über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versichert sind, gilt dieselbe Regelung.

### Arbeitgeber stellen sich quer: weiterhin sachgrundlose Befristungen

Keine Lösung gab es zur gewerkschaftlichen Forderung, das Befristungsunwesen im öffentlichen Dienst einzudämmen. Die Arbeitgeber waren nicht bereit, auf sachgrundlose Befristungen zu verzichten, die sie praktisch als verlängerte Probezeit nutzen. Dass ausgerechnet die öffentlichen Arbeitgeber diese gesetzliche Möglichkeit missbrauchen, ist ein Skandal, gegen den die GEW weiter ankämpfen wird. //



GEW: Tarifrunde TVöD 2016 – Fragen und Antworten

[www.tinyurl.com/GEW-TVoeD-2016](http://www.tinyurl.com/GEW-TVoeD-2016)



Joyce Abebrese

Referentin für Tarifpolitik der GEW NRW



Gewerkschaftstag 2016

## Gewerkschaft wirkt.

Inklusion und Tarifpolitik, Recht auf Bildung für Geflüchtete, Digitalisierung und Medienkompetenz – rund 400 Delegierte der GEW NRW diskutierten beim Gewerkschaftstag vom 21. bis 23. April 2016 in Bielefeld die gewerkschaftlichen Leitthemen für die nächsten vier Jahre. GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer begrüßte zahlreiche Gäste, darunter den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld, Pit Clausen, die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe und den Vorsitzenden des DGB NRW Andreas Meyer-Lauber.



Wahl des Landesvorstands

### Eindruckvolles Ergebnis

Die Landesvorsitzende der GEW, Dorothea Schäfer, ist auf dem Gewerkschaftstag in Bielefeld eindrucksvoll in ihrem Amt bestätigt worden: Die 61-jährige Gesamtschullehrerin aus Unna erhielt 92,3 Prozent der Delegiertenstimmen. Auch ihre StellvertreterInnen Maike Finner und Sebastian Krebs wurden mit 93,9 Prozent und 91,7 Prozent Ja-Stimmen wieder gewählt. Christian Peters erhielt erneut das Vertrauen der Delegierten als Kassierer der GEW NRW.

Dorothea Schäfer hatte vor der Wahl in einer kämpferischen Rede um das Vertrauen der 400 Delegierten geworben: „Ich will mich weiterhin mit ganzer Kraft für eine Stärkung der GEW engagieren. Als Bildungsgewerkschaft kämpft die GEW für mehr Bildung und bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung im gesamten Bildungsbereich von der Kita über Schule und Hochschule bis zur Weiterbildung.“ Auch die Durchsetzung von mehr Chancengleichheit in der Bildung gehöre zu den vordringlichen Zielen der GEW NRW.

Berthold Paschert





## Beschlüsse

# Anspruchsvolles Programm

Drei Tage, mehr als 50 Beschlüsse – bereits quantitativ eine gute Bilanz, aber auch qualitativ kann sich das Ergebnis des Gewerkschaftstags sehen lassen. Die Delegierten haben in allen zentralen Arbeitsfeldern Festlegungen für die künftige Arbeit der GEW NRW getroffen.

Im Zentrum der Anträge stand die Frage, wie Gute Arbeit in der Bildung realisiert werden kann: der Kampf gegen prekäre Beschäftigung, die Tarifarbeit in den verschiedenen Organisationsbereichen und Vorschläge zur Senkung der Arbeitsbelastung. Eine kämpferische GEW wird zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen angesichts staatlicher Sparpolitik gefragt sein, darin waren sich alle einig. Digitalisierung und Schulen mit Teilstandorten, der dringende Handlungsbedarf bei der schulischen Inklusion und bei der Bildung geflüchteter Kinder und Jugendlicher sowie gewerkschaftliche Anforderungen an das geplante Kindergartengesetz – das waren die zentralen Themen der bildungspolitischen Beschlüsse.

In Satzungs- und Organisationsfragen trafen die Delegierten Verabredungen zum Generationenwechsel, diskutierten die Stärkung der GEW-Arbeit vor Ort und änderten die Satzung, die jetzt nicht nur besser lesbar ist, sondern auch inhaltlich weiterentwickelt wurde – zum Beispiel durch bessere Regelungen zur Quotierung. Debattiert wurde auch über gesellschaftspolitische Kontroversen – zu Berufsverboten, zum Asylrecht sowie zu den Konflikten und Kämpfen in der Türkei.

*Michael Schulte*



GEW NRW: Infos und Materialien zum Gewerkschaftstag 2016  
[www.tinyurl.com/Gewerkschaftstag-2016](http://www.tinyurl.com/Gewerkschaftstag-2016)





Gewerkschaftstag 2016: Leitthema „Handeln gegen Rechtspopulismus“

## Erziehung zu Gleichwertigkeit

**Wenn Bildung und Erziehung junge Menschen zur demokratischen Teilhabe befähigen sollen, dann können PädagogInnen nicht wegschauen, wenn die AfD in die Landesparlamente einzieht und wenn PEGIDA gegen die Islamisierung des Abendlandes auf die Straße geht. In den Lehrplänen ist das nicht vorgesehen. Die Konfliktforschung bietet einen möglichen Ansatzpunkt: Erziehung muss vermitteln, dass alle Menschen gleichwertig sind – und erklären, warum die Realität oft eine andere ist.**

Zwei Vorsätze: Gute Erziehung braucht eine gute Gesellschaft. Und: Erziehung ist heute wichtiger denn je. Diese beiden Sätze klingen banal, sind banal, aber sie sind reichlich brisant und konfliktreich, wenn sie genauer ausgeschrieben und an ihren Gelingensbedingungen überprüft werden. Ist der Zustand der Gesellschaft sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend für die Erziehung, insbesondere in jenen Institutionen, die institutionell Erziehung gestalten? Ist der Zustand stabil, angespannt, fragil, zerrissen oder rasend veränderlich? Die aktuelle gesellschaftliche Lage in Deutschland ist schwer zu beschreiben und dennoch muss sie beschrieben werden, um Erziehung zu ermöglichen und Erziehung in der Gesellschaft zu verorten. Erziehung braucht Gesellschaft, nicht irgendeine Gesellschaft, und Gesellschaft produziert Erziehung, nicht irgendeine Erziehung.

### **Gleichwertigkeit – eine Grundidee gerät ins Wanken**

Die Konfliktforschung und insbesondere die Forschung über die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bietet einen kleinen Beitrag zur Klärung dieser Fragen an. Der Fokus liegt dabei auf miteinander verbundenen Ideologien von Ungleichwertigkeit, Vorurteilen und Diskriminierungen, die für die Diskussion über die Zukunft von Erziehung angesichts des gesellschaftlichen Zustands interessant sein können. Die These dahinter ist: Erziehung muss getragen sein von der Idee der Gleichwertigkeit. Das aber reibt sich mit den gesellschaftlich dominierenden

Orientierungen. Angesichts dessen, was die Konflikt- und Gewaltforschung sieht, steht die Gestaltung von Erziehung in den dafür vorgesehenen gesellschaftlichen Institutionen vor massiven Herausforderungen, eben, weil die Gleichwertigkeit von Gruppen immer schwieriger einen Konsens erreicht. Mit diesem Blick noch einmal gefragt: Wie ist der Zustand?

Die Studie „Fragile Mitte – menschenfeindliche Mentalitäten“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Gesellschaft angesichts der Verbreitung von Vorurteilen, Populismus und Extremismus, die allesamt von Ideologien der Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Gruppen getragen werden, im Jahr 2014 als fragil beschrieben. Auch andere große, aktuelle Umfragen in Deutschland – zum Beispiel der Zwischenbericht des Projekts „Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit“ – zeigen: Vorurteile sind hoch verbreitet und es gibt starke Polarisierungen zwischen zivilgesellschaftlich orientierten Gruppen und jenen, die rechtspopulistische Ideologien oder sogar rechtsextreme Meinungen vertreten, auch wenn sie nicht mit solchen Milieus verbunden oder in ihnen organisiert sind. Zwar sind über einen längeren Zeitraum hinweg viele abwertende Einstellungen von Gruppen rückläufig und weisen damit auf eine positive Wirkung von Interventionsmaßnahmen hin, aber Zustimmungen zu Antisemitismus, Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderungen und auch ein klassischer Sexismus gegenüber Frauen sind relativ stabil und die Vorurteile gegenüber Arbeitslosen sind sehr weit verbreitet.

Das Bild von Einwandernden sowie Geflüchteten und Asylsuchenden ist weit in der Mitte negativ. Aussagen zur Begrenzung der Zuwanderung und Ressentiments gegen Geflüchtete und Asylsuchende waren auch schon 2014 vorhanden und weit in der Mitte verankert. Aussagen wie: „Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß begrenzt werden“ oder „Es leben zu viele AusländerInnen in Deutschland“ werden mit hoher Zustimmung in allen gesellschaftlichen Gruppen geteilt. Rassistische Einstellungen stiegen sogar unter den reichsten der von uns befragten Personen an. Dabei finden sich rechtspopulistische Meinungen, die von Vorurteilen, Demokratiemisstrauen, Elitenkritik, Anti-EU-Ressentiments, autoritären Strafkonzep-ten sowie politischen Emotionen von Wut und Hass bei 20 Prozent der Befragten Zustimmung. Und sie erscheinen legitim, denn die Mehrheit – 58 Prozent – ist ohnehin der Meinung: „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über AusländerInnen und Jüdinnen und Juden sagen, ohne als RassistIn beschimpft zu werden.“ Also raus damit? Die Wut rauslassen? Angesichts der Übergriffe auf Asylunterkünfte, der Hasswelle in der analogen und vor allem digitalen Welt, entpuppt sich die Selbstwahrnehmung, man dürfe nichts Schlechtes über andere sagen, wie eine Selbstentlastung vor dem Übergriff.

### **Vorhandene Feindseligkeiten verschärfen sich**

Abwertungen und Angriffe machen es der Erziehung schwer und drängen sich ihr auf, auch wenn das im Alltag von Erziehenden nicht vorgesehen ist. Dazu kommt ein zweiter Aspekt, der den Zustand der Gesellschaft fragil und zerrissen erscheinen lässt: Die Polarisierungen zwischen Gruppen, die zivilgesellschaftliches Engagement zeigen und Diversität als Leitbild der modernen Einwanderungsgesellschaft betrachten, und jenen, die deutlich an das



Fotos: A. Etges

Leitbild eines homogenen deutschen Volkes glauben, sind gewachsen. Sie waren schon vor der Zuwanderung Geflüchteter angelegt. In der Studie „Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit“ von Ende 2014 waren bereits 36 Prozent einer repräsentativen Stichprobe eindeutig für eine stärkere Willkommenskultur für MigrantenInnen, während 31 Prozent dies sehr deutlich ablehnten. 47,2 Prozent hatten eine eindeutig positive Haltung zur zunehmenden Vielfalt, während fast ein Viertel der Befragten sie definitiv zurückwies.

Menschenfeindliche Vorurteile, Verachtungen, offene und versteckte Formen des Rassismus und der explizite oder implizite Wunsch, andere zu diskriminieren, entstehen eben nicht in einem Vakuum und auch nicht während einer akuten gesellschaftlichen Krise. Es gibt seit vielen Jahren in allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen ein Reservoir an Feindseligkeiten, die in Krisenzeiten aktiviert werden können oder zur Regulation von Konflikten eingebracht werden können. Studien weisen auf einige zentrale Ursachen für menschenfeindliche Vorurteile und Zustimmungen zu rechtsextremen wie -populistischen Orientierungen hin: Eine starke Identifikation mit einer imaginierten national homogenen Volksgemeinschaft, Macht- und Dominanzorientierungen sowie das Gefühl, als nationale Gruppe im Vergleich zu anderen depriviert zu sein, ebenso wie die Meinung, der Wert von Gruppen bemesse sich nach ökonomischen Kriterien, sind für die Verbreitung und Stärke der Abwertung verantwortlich.

### Ursachen von Ungleichwertigkeit – Erziehung muss Antworten liefern

Beachtenswert ist eine weitere Entwicklung, die es mit Blick auf die Frage nach der Zukunft der Erziehung sorgsam zu beobachten und gut zu verstehen gilt. Insbesondere jüngere Befragte (16 bis 30 Jahre) sowie Ältere (über 60 Jahre) stimmen rechtsextremen, rechtspopulistischen und

## Rechtspopulistische Einstellungen in Deutschland 2014

Ich stimme ...	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (α = .85)</b>				
Es leben zu viele AusländerInnen in Deutschland.	37 %	26 %	20 %	17 %
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden AusländerInnen wieder in ihre Heimat zurück schicken.	54 %	28 %	10 %	8 %
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	44 %	24 %	16 %	16 %
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	58 %	23 %	11 %	7 %
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	25 %	37 %	26 %	13 %
Die meisten AsylbewerberInnen werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	21 %	37 %	27 %	15 %
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	43 %	26 %	19 %	12 %
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	31 %	31 %	25 %	13 %
<b>Law-and-Order-Autoritarismus (α = .74)</b>				
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	8 %	18 %	25 %	49 %
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen AußenseiterInnen und UnruhestifterInnen vorgehen.	16 %	23 %	29 %	32 %
<b>Demokratiemisstrauen (α = .77)</b>				
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	7 %	20 %	38 %	36 %
PolitikerInnen umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.	6 %	19 %	33 %	42 %
PolitikerInnen nehmen sich mehr Rechte heraus als normale BürgerInnen.	7 %	17 %	31 %	45 %

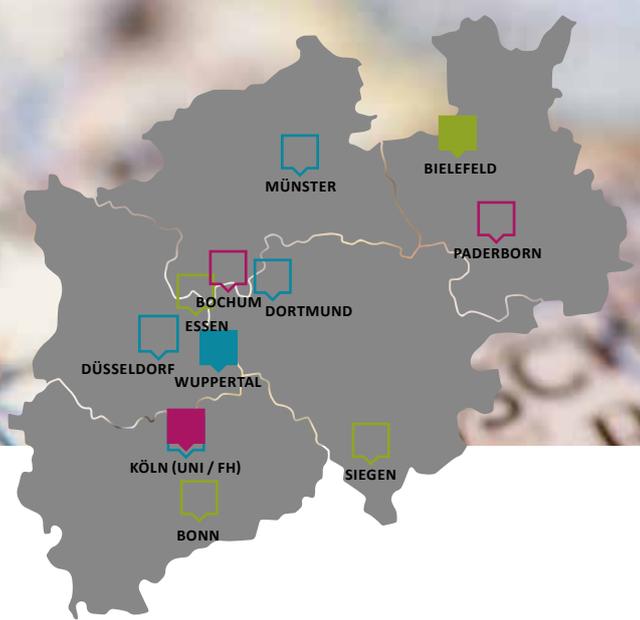
Quelle: Andreas Zick, Beate Küpper, B. (Hrsg.): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland

menschenfeindlichen Meinungen über Gruppen zu. Warum? Junge und ältere Menschen stehen mehr als andere unter dem gesellschaftlichen Druck der Absicherung ihrer Lebensverhältnisse und Gestaltung der Zukunft. Dazu brauchen sie Partizipation und Bindung, die ihnen die Gesellschaft bereitstellen kann und sollte. Sie brauchen aber auch Antworten auf die Frage, warum ihre Lage so ist wie sie ist und woher Ungleichwertigkeit kommt.

Erziehung kann ein Raum sein, in dem eine zentrale gesellschaftliche Frage des Zusammenlebens diskutiert wie gestaltet werden kann: Inwieweit und warum werden Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und verschiedener sexueller Orientierung, Menschen mit und ohne Handicaps, mit oder ohne Arbeit in der Gesellschaft als gleichwertig anerkannt oder aber mit Abwertung, Diskriminierung und Ausschluss konfrontiert? Wenn Erziehung hierauf keine Antwort hat, übersieht sie eine zentrale Frage jener, die sie erziehen möchte. //

- Andreas Zick, Anna Klein (Hrsg.): Fragile Mitte – menschenfeindliche Mentalitäten: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014**  
[www.tinyurl.com/Fragile-Mitte](http://www.tinyurl.com/Fragile-Mitte)
- Andreas Zick, Madlen Preuß: Zugehörigkeit und (Un-)Gleichwertigkeit. Zwischenbericht zum Projekt.**  
[www.tinyurl.com/ZuGleich](http://www.tinyurl.com/ZuGleich)
- Andreas Zick, Beate Küpper (Hrsg.): Wut, Verachtung und Abwertung: Rechtspopulismus in Deutschland**  
[www.tinyurl.com/Wut-Verachtung](http://www.tinyurl.com/Wut-Verachtung)
- „Communicator-Preis“ 2016 geht an Bielefelder Sozialpsychologen Andreas Zick (WDR 5, Leonardo von 13.04.2016)**  
[www.tinyurl.com/Communicator-Preis](http://www.tinyurl.com/Communicator-Preis)

**Prof. Dr. Andreas Zick**  
Professor für Sozialisation und Konfliktforschung und Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld



GEW-Hochschulinformationsbüros in NRW

## Richtig gut aufgestellt

In jedem Semester entwickeln die MitarbeiterInnen in den Hochschulinformationsbüros (HIB) der GEW NRW ein individuelles Semesterprogramm für ihren Standort. Ob klassische Infoveranstaltungen zum Referendariat oder Praxissemester, Diskussionsrunden zur Beschäftigungssituation von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften oder Workshops für den Einstieg in die Praxis – das Angebot ist vielfältig.

An mittlerweile elf Standorten ist die GEW NRW mit insgesamt zwölf Hochschulinformationsbüros in NRW präsent. Zuletzt konnte auch der Standort Bonn mit einem HIB ausgestattet werden. Die gemeinsame Klausurtagung der HIB-Beschäftigten für das laufende Sommersemester fand Anfang April 2016 in Bielefeld statt. Hier stand neben Teambuilding vor allem die inhaltliche Arbeit der HIBs im Mittelpunkt. Die individuellen Semesterprogramme wurden diskutiert, Erfahrungen mit einzelnen Veranstaltungsformaten an den Standorten ausgetauscht und neue Ideen entwickelt. In den kommenden Semestern sollen unter anderem Schulungsangebote für die neu eingesetzten VertreterInnen

der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen ein Schwerpunkt der HIB-Arbeit sein.

Neben der Semesterplanung waren auch der Umgang mit anderen Verbänden an den Hochschulen, Konzepte für die Ansprache an Infotischen sowie neue Publikationen für den Bereich Hochschule Themen der Klausurtagung. In kleineren Arbeitsgruppen wurde darüber hinaus ein Leitfaden für die Arbeit der HIBs erstellt, um in Zukunft die Übergabe an neue KollegInnen zu erleichtern. Das HIB in Düsseldorf wird Mitte Mai neu besetzt und auch am Standort Siegen wird momentan eine Nachfolge gesucht. //

*Julia Löhr,*

*Jugendbildungsreferentin der GEW NRW*



Das HIB Münster konzentriert sich im laufenden Semester auf ein Veranstaltungsangebot für Lehramtsstudierende. Neben den klassischen Informationen rund um das Referendariat wenden wir uns direkt an Praxissemesterstudierende und bieten einen Workshop zu „Stoppstrategien gegen Unterrichtsstörungen“ an. Außerdem wollen wir uns mit dem Thema Vielfalt an Schulen auseinandersetzen und laden zum Diskutieren ExpertInnen von SchLAu NRW (Schwul Lesbisch Bi Trans\* Aufklärung) zu uns ein.

**DOROTHEE STERZ, HIB MÜNSTER**



In Paderborn macht das HIB im Sommersemester zunächst mit einem Infotisch an der Uni auf die GEW NRW aufmerksam. Danach gibt es dann besonders für Lehramtsstudierende die Möglichkeit, sich mit „Stoppstrategien gegen Unterrichtsstörungen“ für den bevorstehenden Berufsalltag zu wappnen und sich in einem Workshop mit dem Thema Vielfalt an Schulen auseinanderzusetzen. Dazu werden wir ExpertInnen einladen und Möglichkeiten erarbeiten, wie Vielfalt an Schulen konkret umgesetzt werden kann.

**EVA WENRICH, HIB PADERBORN**



Das HIB in Bielefeld darf man nicht ohne die GEW-Hochschulgruppe betrachten. Die Hochschulgruppe und das HIB sind eins! Dementsprechend planen wir kollektiv bei unseren Stammtischen. Größere Themenschwerpunkte für dieses Semester sind Antimilitarismus (Bundeswehr raus aus Bildungseinrichtungen!) sowie Antirassismusbearbeitung, Flucht und Asyl. Veranstaltungen für die Kernzielgruppen kommen aber nicht zu kurz: Angehende LehrerInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen sind auch wieder Thema.

**EMRE SAHIN, HIB BIELEFELD**



Das HIB Dortmund arbeitet eng mit der Gewerkschaftlichen Hochschulgruppe zusammen – in jedem Semester wird ein Programm erstellt. In diesem Semester sind daran zum ersten Mal fünf Mitgliedsgewerkschaften des DGB beteiligt. Zusammen entwickeln wir regelmäßige Angebote rund um politische, gewerkschaftliche und soziale Themen an den Hochschulen. Im Sommersemester 2016 planen wir unter anderem eine Veranstaltung zum Thema „Alltagsrassismus“ mit verschiedenen AkteurInnen an der Hochschule.

**LINDA ENGELS, HIB DORTMUND**



In Essen gibt es neben dem HIB auch eine aktive Hochschulgruppe, die das HIB bei der Arbeit am Campus unterstützt. Die GEW-Hochschulgruppe versteht sich zum einen als Anlaufpunkt für studentische GEW-Mitglieder und Interessierte, die direkt an der Universität den Kontakt zur GEW herstellen möchten. Zum anderen wollen wir aber auch die gewerkschaftliche Arbeit in die Hochschule tragen. Außerdem stehen wir als neutrale AnsprechpartnerInnen zu Fragen der Studienorganisation, der Examenanmeldung oder zum Übergang von der Universität ins Referendariat zur Verfügung. Im Sommersemester 2016 wollen wir neben unseren Infotischen zu unterschiedlichen Themen des Studiums gemeinsam mit dem Essener Stadtverband ein World Café zum Thema Inklusion veranstalten, Workshops zum Praxissemester anbieten und zusammen mit einer jungen Initiative für studentische Hilfskräfte (SHK) über Rechte und Pflichten von studentischen Beschäftigten aufklären und die neuen SHK-Beauftragten, die im Herbst 2016 gewählt werden, auf ihre Aufgaben vorbereiten.

**NORINA SCHULZ, HIB ESSEN**



Das HIB in Bochum wird von einer engagierten GEW-Hochschulgruppe unterstützt. In diesem Semester werden wir die Möglichkeiten und Grenzen der neu eingeführten „Personalvertretung light“ der studentischen Hilfskräfte – den sogenannten SHK-Räten – diskutieren. Zudem werden wir in Zusammenarbeit mit unserem wissenschaftlichen Personalrat eine Veranstaltung zum „Traumjob Wissenschaft“ organisieren, um den Mittelbau über die Forderungen der GEW zu informieren und gemeinsam Positionen zur Situation dieser Personengruppe innerhalb der Ruhr-Universität Bochum (RUB) zu erarbeiten. Darüber hinaus freuen wir uns auf das Sommerfest der RUB, bei dem wir uns präsentieren werden, und auf eine kleine politische Filmreihe, die wir gemeinsam mit der DGB-Hochschulgruppe an der RUB auf die Beine stellen.

**RIKE MÜLLER, HIB BOCHUM**

Das Wuppertaler HIB wird auch im kommenden Sommersemester 2016 die Studis bestmöglich auf das Praxissemester vorbereiten. Neben einer informativen Einführung zu den Rahmenbedingungen des Praxissemesters soll es insbesondere auch um praktische Hilfen gehen. Wir werden in spannenden Workshops kennenlernen, wie die eigene „gelassene Präsenz“ in Konfliktsituationen gewahrt werden kann. Wir werden hilfreiche Strategien erlernen und Tipps erhalten, mit denen wir Unterichtsstörungen begegnen können, um so unseren Alltag zu erleichtern. Alltagsstress bleibt dennoch nicht aus, ob in der Uni oder in der Schule. Deshalb bietet das HIB den Studierenden die Möglichkeit, in einem interaktiven Vortrag den Umgang mit Stress und der Stressbewältigung zu erlernen. Mit den entscheidenden Tipps hoffen wir so den Studierenden ein strukturiertes und stressfreies Praxissemester zu ermöglichen.

**SERPIL GÜL-GERARD, HIB WUPPERTAL**



Das HIB für die Kölner Uni-Studierenden wurde im aktuellen Sommersemester neu besetzt. Doch alte Traditionen und erfolgserprobte Veranstaltungen bleiben in Köln auch zukünftig erhalten. Der Schwerpunkt des HIBs wird daher weiterhin bei der Beratung zum Einstieg in das Referendariat liegen. Hierzu finden im Mai 2016 drei Infoveranstaltungen statt, die in den vergangenen Semestern mit bis zu 300 Studierenden stets gut besucht waren. Neben dem Referendariat wird in Zukunft auch das Praxissemester ein wichtiges Thema im HIB an der Uni Köln sein. Geplant sind zu diesem Thema vor allem Workshops, die Studierenden das nötige Handwerkszeug für eine erfolgreiche Praxisphase näherbringen sollen.

**ANNEKA HÜNDGEN, HIB KÖLN (UNI)**



Im November 2015 hat an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn die Arbeit des HIBs der GEW begonnen. Die Vernetzung mit dem Stadtverband und den PartnerInnen an der Hochschule ist zunächst der Schwerpunkt der Arbeit. In den nächsten Monaten gilt es dann, die Arbeit des HIB Bonn bei den Studierenden und auch im Institut für LehrerInnenbildung bekannt zu machen. Hierfür sind einige Infostände ebenso geplant wie die ersten Veranstaltungen. Beginnen werden wir im Mai 2016 mit der Veranstaltung „Fit fürs Referendariat“. Weitere Veranstaltungen zum Beispiel zum Schulgesetz sollen folgen. Auch eine wöchentliche Sprechstunde wird angeboten. Wir freuen uns darauf, verlässliche AnsprechpartnerInnen für Studierende an der Universität Bonn zu werden und sind gespannt auf die kommenden Monate!

**JESSICA ROSENTHAL, HIB BONN**

Das HIB-Büro der Technischen Hochschule in Köln arbeitet mit dem Fachschaftsrat eng zusammen – insbesondere im Bereich des Aufstands gegen Rechts und der Verbesserung der Flüchtlingspolitik. Ebenfalls arbeitet es mit den regionalen Fachschulen/Berufskollegs für Erzieherausbildung zusammen. Im kommenden Jahr sind mehrere Veranstaltungen an der Technischen Hochschule zur Vorstellung der Gewerkschaft, Aktivierung von SozialarbeiterInnen und Flüchtlingspolitik gemeinsam mit dem Fachschaftsrat geplant.

**NICOLE SCHÄFER, HIB KÖLN (FH)**



**GEW NRW: alle HIBs im Überblick**  
[www.tinyurl.com/HIBs-GEW-NRW](http://www.tinyurl.com/HIBs-GEW-NRW)



## WEITERBILDUNGSANGEBOTE

## WBG 16-151 – Wege in den Ruhestand – Beamtenversorgung

**Tagungsort:** Dülmen  
**Termin:** 17.06.2016, 16.00–22.00 Uhr bis 18.06.2016, 9.00–16.30 Uhr  
**Referent\*in:** Brigitte und Jürgen Gottmann  
**Kosten:** 100,- Euro (GEW-Mitglieder) / 200,- Euro (Nichtmitglieder) (inkl. Übernachtung, Verpflegung, Seminarmaterial und -gebühren)

Themen: Verschiedene Möglichkeiten einer Zuruhesetzung, Dienst(un)fähigkeit, die amts-ärztliche Untersuchung, begrenzte Dienstfähigkeit, Errechnung des Ruhegehaltssatzes, verschiedene Abschläge und ihre Wirkung, Hinterbliebenenversorgung, Altersteilzeit, Vorbereitung von Einzelberechnungen der Pensionsbezüge

## WBG 16-178 – TrainerIn sozialer Kompetenzen

**Tagungsort:** Essen  
**Termine:** 02. und 03.09.2016, 9.00–17.30 Uhr  
 16. und 17.09.2016, 9.00–17.30 Uhr  
 21. und 22.09.2016, 9.00–17.30 Uhr  
 04. und 05.11.2016, 9.00–17.30 Uhr  
**Referenten:** Arlend Huober, Halil Simsek (zweizeueinz GbR)  
**Kosten:** 780,- Euro (GEW-Mitglieder) / 380,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt) / 1.180,- Euro (Nichtmitglieder) (für alle Termine: inkl. Verpflegung, ohne Übernachtung)

Die Fortbildung richtet sich an LehrerInnen, SozialpädagogInnen, ErzieherInnen und Lehramts- und SozialarbeitsstudentInnen. Neben der Aneignung von Methoden der sozialen Gruppenarbeit und der Vermittlung von sozialpsychologischem Hintergrundwissen geht es um die Herausbildung der eigenen Trainerpersönlichkeit sowie um die konkrete institutionelle Umsetzung.

**Anmeldung:**

Schriftliche Anmeldungen an: DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Tel.: 0201-29403 26, Fax: 0201-29403 34; E-Mail: [weiterbildung@gew-nrw.de](mailto:weiterbildung@gew-nrw.de); [www.weiterbildung.gew-nrw.de](http://www.weiterbildung.gew-nrw.de). Für die Planung und Durchführung ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.

LEHRERRATE FIT!  
MACHEN SICH  
FORTBILDUNGEN

Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt. Weitere regionale Angebote werden in den nächsten Ausgaben der nds ausgeschrieben. **Anmeldung:** GEW NRW, Svenja Tafel, E-Mail: [svenja.tafel@gew-nrw.de](mailto:svenja.tafel@gew-nrw.de) oder Fax: 0201-29403 45. Aktuelle Infos: [www.lehrrat-online.de](http://www.lehrrat-online.de)

**Basisqualifizierungen**

- ◆ StV Münster 14. Juni 2016
- Nr. 3 – Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten  
◆ StV Bochum 6. Juni 2016
- Nr. 4 – Kooperation und Konflikt – Zusammenarbeit des Lehrerrates mit schulischen Akteuren  
◆ KV Kleve (in Uedem) 8. Juni 2016

## GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

## Kommunikationstraining für GEW-MultiplikatorInnen: zielorientierte Gesprächsführung, Verhandlungsführung, Konfliktmanagement

**Tagungsort:** Hotel Mercure, Bochum (direkt am Hauptbahnhof)  
**Termine:**  
 1. Baustein: 28.10.2016, 10 Uhr bis 29.10.2016, 14 Uhr  
 2. Baustein: 09.12.2016, 10 Uhr bis 10.12.2016, 14 Uhr  
 3. Baustein: 17.02.2017, 10 Uhr bis 18.02.2017, 16 Uhr  
**Trainerin:** Anja Müller, Rosner Consult Partnerschaft, München  
**Kosten pro Baustein:** 150,- Euro (Einzelzahlung bei Bestätigung)  
**Mengenrabatt:** 360,- Euro (für alle drei Bausteine; inkl. Unterkunft und Verpflegung)

- ◆ Teilnahme an allen drei Bausteinen ist erwünscht! (Teil-)Übernahme der Kosten durch die jeweilige Untergliederung / entsendendes Gremium sollte möglich sein.
- ◆ Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.
- ◆ Das Seminar richtet sich an Funktions- und MandatsträgerInnen in der GEW (Vorsitzende, VorstandssprecherInnen, Mitglieder von Leitungsteams, Gremienleitungen, PersonalrätInnen etc.) und weitere MultiplikatorInnen, die ihre kommunikativen Kompetenzen systematisch weiterentwickeln und für die GEW effektiv und nutzbringend einbringen wollen.

**Anmeldung:**

GEW-Landesverband NRW, Bettina Beefink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, Fax: 0201-29403 34, E-Mail: [bettina.beefink@gew-nrw.de](mailto:bettina.beefink@gew-nrw.de) (**Wichtig: Bei Anmeldung per E-Mail bitte die vollständige Adresse angeben.**) Circa vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. **Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!**



Der GEW-Ortsverband Dorsten-Haltern-Marl  
nahm Abschied von

## Edmund Eschweiler

Vollkommen unerwartet verstarb Edmund  
am 15. März 2016 im Alter von 69 Jahren.

Edmund war während seiner Lehrzeit an der Gesamtschule Wulfen aktiv in der GEW-Betriebsgruppe. Lange Jahre war er Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes.

Wir danken Edmund für sein Engagement.

*Markus Walter (Vorsitzender)*  
*Heinzbert Peeters (stellv. Vorsitzender)*  
 für den OV Dorsten-Haltern-Marl

Abschied von Dirk Peterke

## Mit Herz und Verstand

Von 1986 bis 1992 war Dirk Peterke verantwortlicher Redakteur der nds. Er verstarb im April 2016 im Alter von 71 Jahren in Krefeld.

Damals erschien die nds 14-tägig und wurde noch „von Hand“ gemacht: Schreibmaschine, Schere und Klebeumbruch – eine enorme Arbeitsbelastung für einen ehrenamtlichen Redakteur, der mit voller Stelle am Gymnasium in Kamp-Lintfort arbeitete. Dirk Peterke war Gewerkschafter mit Herz und Verstand. Er liebte die Debatte und war ein politischer Redakteur. Engagiert schrieb er gegen den Konservatismus und die Rollback-Strategien im Bildungsbereich. Die Weiterentwicklung des Bildungsbereiches hin zu mehr Chancengleichheit war ihm wichtig und die Reform des Gymnasiums und der Oberstufe lag ihm am Herzen. Mit Freude suchte er die Auseinandersetzung mit den konservativen Strategien des Philologenverbandes. Den Mächtigen auf die Finger schauen und die nds zu einem Teil einer Gegenöffentlichkeit zu machen, das war das Anliegen von Dirk Peterke. Zum 40-jährigen Jubiläum der nds schrieb er: „Das leitende Interesse der nds und ihrer verantwortlichen Redakteure war und ist: das Bewußtsein für Reformen wachzuhalten, Schule und Pädagogik in kritischer Diskussion voranzutreiben, mit einem Wort: neue deutsche Schule einzufordern.“ Der NDS Verlag und die nds-Redaktion werden Dirk in dankbarer Erinnerung behalten. //

*Fritz Junkers (nds Redaktion) und Hartmut Reich (NDS Verlag)*

Wir trauern um unseren Kollegen

### Dirk Peterke

\* 31. Dezember 1945 † 11. April 2016

Dirk war über 40 Jahre Mitglied der GEW.

Von 1992 bis 2006 hat er den Stadtverband Krefeld als Vorsitzender geleitet. Maßgeblich war er mitverantwortlich für den Ausbau der Kontakte nach Kayseri/ Türkei und der Gewerkschaft Egitim Sen.

Von 1986 bis 1992 war er als leitender Redakteur der nds tätig. Dabei engagierte er sich im Geschäftsführenden Ausschuss der GEW NRW und im Landesvorstand. Er leitete sechs Jahre lang das Referat Öffentlichkeitsarbeit.

In unserer gemeinsamen Arbeit in der GEW haben wir Dirk als engagierten, streitbaren, immer solidarischen Kollegen kennen gelernt, der seine gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Überzeugungen konsequent vertrat.

Mit dem Tode eines Menschen verliert man vieles – aber niemals die mit ihm verbrachte Zeit.

*Für die GEW Krefeld  
Philipp Einfalt  
(Vorsitzende)*

*Für die GEW NRW  
Dorothea Schäfer  
(Vorsitzende)*

## Die GEW gratuliert zum Geburtstag im Mai

### 96 Jahre

Wilhelm Dickhaut, Bergkamen

### 94 Jahre

Erika Urbanek, Ratingen  
Ursula Weck, Rehbürg-Loccum  
Heinrich Steinkamp, Witten

### 91 Jahre

Christel Otto, Velbert  
Werner Schlüpmann, Spenge  
Werner Braun, Oberhausen

### 90 Jahre

Bruno Schwarzkopf, Rinteln  
Helmut Hoelling, Steinhagen  
Heinz Freyschmidt, Düren  
Willy Gross, Kamen  
Horst Freytag, Bad Nauheim

### 89 Jahre

Stefan Lumm, Mitterskirchen  
Helmut Hinzen, Mönchengladbach  
Johannes Schöde, Herne

### 87 Jahre

Hans-Dieter Wachs, Wermelskirchen  
Gottfried Adolph, Bergisch Gladbach  
Willi Gundlach, Dortmund  
Lieselotte Paulusch, Velbert

### 86 Jahre

Erich-Dieter Baecker, Recklinghausen  
Hans-Peter Habecke, Lüdenscheid  
Otto-Friedrich Cords, Radevormwald  
Hermann Groll, Siegen

### 85 Jahre

Rolf Neuking, Remscheid  
Kurt-G. Beyer, Essen  
Horst Oberbrodthage, Lotte  
Herbert Mische, Lemgo

### 84 Jahre

Margret Clausmeyer, Bochum  
Hermann Schroeders, Düren  
Waltraut Ludwig, Kreuzau  
Helga Nadolni, Wetter

### 83 Jahre

Friedhelm Heimann, Sprockhövel  
Gerhard Sennlaub, Bremerhaven  
Horst Stuckenbrock, Bielefeld  
Bernhard Wenkel, Solingen  
Wolfgang Enge, Nideggen  
Siegfried Katterle, Bielefeld  
Albrecht Koslowsky, Recklinghausen

### 82 Jahre

Herbert Huebner, Düsseldorf  
Ingrid Zimmermann, Rösrath  
Walter Vaupel, Hagen  
Margareta Nottebohm, Duisburg  
Annette Kuhn, Bonn  
Horst Loddock, Lünen  
Renate Beckmann, Sprockhövel

### 81 Jahre

Marcus Attwood-Wood, Münster  
Wilfried Oberland, Oberhausen  
Mechthild Ohndorf, Düsseldorf  
Luise Ruffer, Moers  
Klaus-Dieter Gebauer, Lage  
Karlheinz Oesterling, Bochum  
Reinhard Schürmann, Burscheid  
Ali Dagdeviren, Dortmund  
Ursula Rehbock, Herford  
Ilse Baukloh, Hamm  
Lieselotte Nuthmann, Duisburg  
Werner Kletzing, Witten  
Gisela Meier, Minden

### 80 Jahre

Heidrun Priesmann, Troisdorf  
Helga Tiemeyer, Kirchlengern  
Gerhard Keßner, Hamm  
Klaus Böcker, Bielefeld  
Hans-Dieter Breuer, Euskirchen  
Eberhard Pinz, Drensteinfurt  
Paul Rütten, Mönchengladbach  
Brigitte Fleck, Langenfeld  
Helga Brüß, Bad Berleburg  
Diethard Vogt, Rösrath  
Christa Baecker, Recklinghausen  
Hannelore Herbst, Nümbrecht

### 79 Jahre

Irene Hupfer, Wuppertal  
Brigitta Podlech, Essen  
Bärbel Bethge, Hückelhoven  
Ursula Lüninghöner, Mülheim  
Klaus Reisinger, Leverkusen  
Regina Kemp, Hagen  
Gernot Burgeleit, Hagen

### 78 Jahre

Eike Schorn, Köln  
Bernhard Gruber, Köln  
Barbara Riedel, EX Zevenaer  
Martin Schröder, Extertal  
Barbara Rübener, Herdecke  
Ilse Girndt, Bochum  
Jörg Schneider, Staufenberg  
Rainer Bove, Minden  
Hannelore Jensch, Hagen  
Werner Picht, Korschenbroich  
Margret Hölzer, Wuppertal

### 77 Jahre

Sabine Lichters, Nettetal  
Ulrich Goch, Hattingen  
Dietrich Meyer-Ebrecht, Aachen  
Otwin Braun, Simmerath  
Matthias Schroeders, Viersen  
Elisabeth Sauter, Meschede  
Klaus Günther Seemann, Paderborn  
Manfred George, Leverkusen  
Peter Greb, Mülheim  
Günter Schulz, Detmold  
Hermann Mueller, Troisdorf  
Hans-Georg Schneider, Wesseling  
Gisela Lasek, Herne  
Sigrid Kahmert, Köln  
Norbert Heiny, Ahaus  
Elke Wohlrab, Herford  
Irmgard Mai, Dortmund

### 76 Jahre

Edith Clausen, Dormagen  
Josef Odenthal, EA Heerlen  
Hans-Ulrich Stanek, Bochum  
Heinz Nolting, Petershagen  
Josef Franz Werner, Oberhausen  
Uwe-J. Hartwig, Ettlingen  
Gudrun Holzkaemper, Waltrop  
Gisela Köhne, Siegen  
Josef Dannmeyer, Kevelaer  
Wilfried Priebe, Bochum  
Horst Michel, Hilchenbach  
Josef Lachnit, Emsdetten  
Marlies Oestereich, Ratingen  
Armin-Walter Melzer, Hagen  
Dagmar Kasner, Rees  
Christian Mrochen, Bochum  
Walter Heinzmann, Dorsten  
Wolfgang Horz, Düsseldorf  
Monika Cronau, Lüdenscheid  
Karin Heitzer, Bochum  
Franz Tings, Bochum

### 75 Jahre

Harald Huebscher, Dortmund  
Wilhelm Kasner, Siegen  
Dieter Wiegandt, Bochum  
Winfried Bürling, Bottrop  
Hans Günter Hennes, Köln  
Karl-Siegfried Mülke, Löhne  
Theodor Hackmann, Trégnac  
Herbert Abels, Borgholzhausen  
Harald Brink, Minden  
Eva Granderath, Düsseldorf  
Elke Andersen, Bad Münterfeld  
Edgar Hofschien, Hückeswagen  
Erika Penz, Wiehl  
Ursula Vences, Köln  
Manfred Meyer, Nettetal  
Heinz-Jürgen Hohlfeld, Würselen  
Heide Malbranche, Bad Honnef  
Ruediger Lang, Köln  
Wolfgang Heitmann, Sankt Augustin  
Rosemarie Debuau, Gladbeck  
Dietrich Maurer, Neuenrade  
Winfried Demary, Bonn

*Leitungsteam des Ausschusses  
für RuheständlerInnen der GEW NRW*

# Wissenswertes

# für Angestellte und

## Eingruppierung bei VOBASOF-Ausbildung

### Hauptpersonalrat Gesamtschule erzielt Verbesserung für die Tarifbeschäftigten

Der Hauptpersonalrat Gesamtschulen hat erreicht, dass Lehrkräfte, die sich in einer berufsbegleitenden Qualifizierung nach der Verordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung zum Erwerb des Lehramts für sonderpädagogische Förderung (VOBASOF) befinden, rückwirkend ab 1. August 2015 in die Entgeltgruppe 13 höhergruppiert werden.



Bisher wurden VOBASOF-Lehrkräfte in die Entgeltgruppe (EG) 12 eingruppiert. Nach dem erfolgreichen Abschluss der zweijährigen Qualifizierung sollten sie dann wie ausgebildete SonderpädagogInnen in EG 13 eingruppiert werden.

Der mit GEW-Mehrheit geführte Hauptpersonalrat Gesamtschulen hatte die Mitbestimmung für die Eingruppierung eingefordert, um die Eingruppierung der KollegInnen in die EG 13 bereits ab Beginn der Ausbildung durchzusetzen. Aufgrund laufender Tarifverhandlungen hatte der Hauptpersonalrat dem Erlass zur Eingruppierung in die EG 12 lediglich bis zum 30. Juni 2015 zugestimmt. Nach Ablauf dieser Frist wurde das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW aufgefordert, das Mitbestimmungsverfahren mit dem Hauptpersonalrat wieder aufzunehmen. Das Ergebnis: ein voller Erfolg für die Tarifbeschäftigten! *Ute Lorenz*

Foto: onemorenametoremember / photocase.de

## Beamtenpension

### Keine Anrechnung höherwertiger Beschäftigung

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist das letzte Amt, das mindestens zwei Jahre lang ausgeübt wurde, entscheidend für die Festsetzung des Ruhegehalts. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Regelung in seiner Entscheidung vom 17. März 2016 als verfassungsgemäß bestätigt.

In dem Fall, der sicher kein Einzelfall ist, haben die Kläger bereits länger als zwei Jahre die Tätigkeit des höheren Amtes ausgeübt. Sie wurden jedoch erst ein halbes beziehungsweise eineinhalb Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand formal befördert. Ihre Versorgungsbezüge wurden entsprechend der landesrechtlichen Regelungen auf der Grundlage des vorletzten Amtes festgelegt, weil sie nicht volle zwei Jahre aus dem letzten Amt besoldet worden waren. Die Übertragung mindestens zwei Jahre vor Ruhestandseintritt ist aber – so das Verwaltungsgericht – entscheidend und entspricht auch der amtsangemessenen Alimentation sowie dem Leistungsgrundsatz des Artikel 33 Absätze 2 und 5 Grundgesetz. Das Landesversorgungsgesetz NRW enthält in § 5 Absatz 3 eine entsprechende Regelung, sodass diese Entscheidung auch für NRW übertragbar ist. (Bundesverwaltungsgericht: 2 C 2/15, 2 C 8/15) *Ute Lorenz*

## Versorgungsehe

### Vermutung kann widerlegt werden

Witwen oder Witwer haben einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung, wenn die Ehe vor dem Todesfall länger als ein Jahr gedauert hat. Bei kürzerer Ehedauer vermutet das Gesetz, dass der Zweck der Heirat die Versorgung des Ehegatten war. Diese Vermutung kann aber widerlegt werden. Zur Widerlegung stehen alle Beweismittel zur Verfügung, nicht nur äußere, sondern auch innere Umstände, zum Beispiel persönliche Motive der Ehegatten bei der Heirat. (Bundesverwaltungsgericht: 2 C 21.14) *Quelle: DGB, einblick 3/16*

## B.A.D.-Jahresarbeitsplan

### OVG bestätigt Mitbestimmung

Seit Juni 2013 führte der Hauptpersonalrat Hauptschule ein Beschlussverfahren zur Feststellung seines Mitbestimmungsrechts beim Jahresarbeitsplan der B.A.D. GmbH. Jetzt hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Auffassung des Hauptpersonalrats bestätigt.

Die B.A.D. GmbH ist als überbetrieblicher Dienst mit der Wahrnehmung der betriebsärztlichen und arbeitssicherheitstechnischen Betreuung aller Lehrkräfte an öffentlichen Schulen des Landes NRW beauftragt. Jährlich legt die B.A.D. GmbH – abgestimmt mit dem Schulministerium und den Bezirksregierungen – ihre Tätigkeitsschwerpunkte für das folgende Jahr fest. Der Hauptpersonalrat Hauptschule vertrat die Auffassung, dass diese Festlegung der Grundbetreuung und betriebsspezifischen Betreuung als eine Maßnahme vorbereitender und präventiver Art zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen der Mitbestimmung des Personalrats unterliegt. Nachdem zunächst im Oktober 2014 das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Rechtsauffassung des Hauptpersonalrats bestätigte, hat nun auch das Oberverwaltungsgericht Münster mit seinem Beschluss vom 4. März 2016 bestätigt, dass „die Abstimmung des Beteiligten (MSW) mit der B.A.D. Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH über den alljährlich zu erstellenden Arbeitsplan (...) der Mitbestimmung nach § 72 Absatz 4 Satz 1 Nr. 7 LPVG NRW unterliegt.“ Die Rechtsbeschwerde wird nicht zugelassen. *Jutta Britze*

## Abmahnung

### Personalrat muss beteiligt werden

Nach den Vorschriften des Landespersonalvertretungsgesetzes NRW ist der Personalrat vor Ausspruch einer Abmahnung zu beteiligen. Unterbleibt die Beteiligung, ist die Abmahnung aus der Personalakte zu entfernen. (Arbeitsgericht Düsseldorf: 7 Ca 2980/15) *Quelle: DGB, einblick 4/16*

# d Beamte rund um den Arbeitsplatz

## Ruhestand auf eigenen Antrag

### Beginn auch im laufenden Schuljahr möglich

Der sogenannte Antragsruhestand kann mit dem 63. Lebensjahr – bei Schwerbehinderung mit dem 60. Lebensjahr – beantragt werden. Nach Auffassung der GEW-Personalräte können betroffene KollegInnen auch im laufenden Schuljahr in den Ruhestand gehen.

Obwohl dies durch das Landesbeamtengesetz nicht eindeutig gedeckt wird, mussten die KollegInnen meistens bis zum Ende des Schuljahres oder bis zum Ende des Schulhalbjahres weiterarbeiten. Es wurden in der Regel keine Einzelfallprüfungen durchgeführt, sondern pauschal sogenannte schulorganisatorische Gründe angeführt. Nur schwerbehinderte Lehrkräfte hatten die Möglichkeit am Ende des Monats, in dem sie die Antragsaltersgrenze – in diesem Fall das 60. Lebensjahr – erreicht hatten, in den Ruhestand zu gehen. Angesichts der gegenwärtigen Einstellungspraxis ist dieses Vorgehen aus Sicht der GEW und ihrer Personalräte hinfällig. Wer frühzeitig den Antrag stellt und den Termin der beabsichtigten Zuruhesetzung der Dienststelle bekannt gibt, sollte jetzt auch den Anspruch haben, im laufenden Schuljahr zu gehen. Die Begründung mit „schulorganisatorischen Gründen“ – in der Regel ist damit eine Stundenplanungsgestaltung gemeint – kann nicht greifen, da die Stundenpläne unter anderem aufgrund von Neueinstellungen laufend umgestaltet werden. Auch eine Stellennachbesetzung ist – soweit dies die Stellensituation der Schule zulässt – möglich, da sich gegenwärtig zeigt, dass laufend Stellen ausgeschrieben werden und entsprechend eingeplant werden können. Wer mit dem 63. Lebensjahr in den Ruhestand gehen möchte, sollte deshalb frühzeitig den Antrag stellen, den Termin festlegen und den Personalrat einbeziehen. *Volker Maibaum, Ute Lorenz*

## Beamtenrecht

### Kündigung nach sexuellem Missbrauch

Sexuelle Handlungen zwischen LehrerInnen und minderjährigen SchülerInnen führen grundsätzlich dazu, dass diese BeamtInnen aus dem Dienst entlassen werden. Eine solche Lehrkraft versagt in besonders gravierender Weise im Kernbereich ihrer dienstlichen Pflichten. Das gilt auch, wenn es sich um einen einmaligen Übergriff handelt. Ein derartiges Verhalten erlaubt kein Vertrauen mehr darauf, dass ein Wiederholungsfall ausgeschlossen ist. (Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz: 3 A 10861/15.OVG) *Quelle: DGB, einblick 7/16*

## Schul-Webseite

### Land haftet bei Verstoß gegen das Urheberrecht

Ein Lehrer verwendete für eine von ihm auftragsgemäß erstellte Schul-Webseite ein Foto, ohne die erforderlichen Rechte einzuholen. Wegen dieses Urheberrechtsverstoßes verlangte der Fotograf Schadensersatz vom Land. Das Oberlandesgericht Celle gab ihm recht: Verstößt eine Schule auf ihrem Internetauftritt mit einem Bild gegen das Urheberrecht, haftet das jeweilige Bundesland für den Schadensersatzanspruch des Rechteinhabers. (Oberlandesgericht Celle: 13 U 95/15) *Ute Lorenz*

## DIE WISSENSECKE

### Gesetzliche Rente

Die gesetzliche Rente setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen und wird wie folgt berechnet:  $\text{Monatliche Rentenhöhe} = \text{Entgeltpunkte} * \text{Zugangsfaktor} * \text{aktueller Rentenwert} * \text{Rentenartfaktor}$ . Doch was verbirgt sich hinter den einzelnen Bestandteilen dieser Rechnung?

#### Entgeltpunkte

Der eigene Verdienst wird mit dem Durchschnittsverdienst aller Versicherten verglichen. Entspricht er exakt dem Durchschnittsverdienst in diesem Jahr, ist das ein Entgeltpunkt. Im Jahr 2011 zum Beispiel lag der Durchschnittsverdienst bei 30.268,- Euro brutto. Wer diesen Betrag verdiente, erhielt 1,0 Entgeltpunkte. Betrag der Bruttoverdienst in 2011 genau die Hälfte, entspricht das 0,5 Entgeltpunkte. Wer das 1,5-fache von 30.268 Euro verdiente, bekam 1,5 Entgeltpunkte.

#### Aktueller Rentenwert

Der aktuelle Rentenwert ist die geldwerte Entsprechung eines Entgeltpunktes und wird kontinuierlich der wirtschaftlichen Situation angepasst. Aktuell beträgt er 29,21 Euro für Westdeutschland und 27,05 Euro für Ostdeutschland.

#### Rentenartfaktor

Der Rentenartfaktor ist abhängig von der Art der Rente. Erziehungsrenten haben zum Beispiel den Wert 1,0. Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung schlagen mit dem Faktor 0,5 zu Buche.

#### Beispielrechnung

Hat ein Beschäftigter 40 Jahre lang 2.100,- Euro brutto verdient, erhält er eine Rente von 840,- Euro. Der Auszahlungsbetrag liegt jedoch noch einmal darunter, denn der Rentner muss noch elf Prozent für die zu leistenden Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung abziehen. Die Rente, die er ausbezahlt bekommt, beträgt also nur noch 747,60 Euro. Möchte der Beschäftigte nach 40 Arbeitsjahren mit 63 Jahren als langjährig Versicherter in Rente gehen, muss außerdem zunächst der entsprechende Rentenabschlag (ab Geburtsjahrgang 1964) von 14,4 Prozent abgezogen werden. Dem Renter bleiben somit nach Abzug des Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrags nur noch 639,95 Euro. Um tatsächlich eine Rente in Höhe von 840,- Euro ausgezahlt zu bekommen, muss der Beschäftigte 40 Jahre lang etwa 2.360,- statt 2.100,- Euro verdienen. Wenn er vorzeitig in Rente gehen will, muss er noch deutlich mehr verdienen – oder länger arbeiten.

*Ute Lorenz, Jürgen Gottmann*

#### Mehr Infos:

Infos des DGB zum Thema Rente [www.tinyurl.com/DGB-Rente](http://www.tinyurl.com/DGB-Rente)  
Rentenrechner der DRV: [www.tinyurl.com/DRV-Rente](http://www.tinyurl.com/DRV-Rente)

## Schuljahr 2016/2017

### Eckdatenerlass zu Stellenzuweisung

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) veröffentlicht den Erlass „Eckdaten der Stellenzuweisung für die öffentlichen Schulen für das Schuljahr 2016/2017“ mit zahlreichen Anlagen, die vor allem die Ressourcensteuerung beim Gemeinsamen Lernen verdeutlichen.

Eckdatenerlass des MSW

Webcode 234850

### Verordnung zu § 93 Absatz 2

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung übersendet den Entwurf der Verordnung zu § 93 Absatz 2 Schulgesetz für das Schuljahr 2016/2017 an den Landtag. Beigefügt ist der Bericht zur Unterrichtsversorgung 2016/2017: „Über alle Schulformen beträgt die voraussichtliche Bedarfsdeckungsquote zum Schuljahr 2016/2017 im Durchschnitt 103,5 Prozent. In Abgleich des Stellenbedarfs mit der voraussichtlichen Stellenzuweisung werden in den einzelnen Schulformen folgende Deckungsgrade erreicht: Grundschule (105,1 Prozent), Hauptschule (104,4 Prozent), Realschule (102,8 Prozent), Sekundarschule (102,8 Prozent) (...) Gesamtschule (102,8 Prozent), Gymnasium (102,8 Prozent), Weiterbildungskolleg (101,2 Prozent), Förderschule (102,7 Prozent) und Berufskolleg (101,6 Prozent).“

Entwurf der Verordnung

Webcode 2348361

## Empfehlungen des Runden Tisches zu G8

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung informiert den Schulausschuss über den „Sachstand der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches zur Schulzeitverkürzung G8/G9“. Dem Anschreiben ist eine Kommentierung und eine Zusammenstellung der vollzogenen (rechtlichen) Schritte zu entnehmen. Vor allem die Reduzierung der Anzahl der Klassenarbeiten wird als problematisch dargestellt.

Bericht des MSW

Webcode 234812

## Minderjährige verheiratete Schülerinnen

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung erläutert die Regelungen zur Erziehungsberechtigung für minderjährige verheiratete Schülerinnen: „§ 123 Absatz 1 Nummern 1 bis 4 des Schulgesetzes (SchulG) regelt, wer in schulischen Angelegenheiten die elterlichen Rechte und Pflichten wahrnimmt. Daraus ergibt sich in Verbindung mit dem Recht der Personensorge des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), dass Ehepartner nicht aufgrund der Heirat an die Stelle der Eltern einer oder eines Minderjährigen treten. (...) Gemäß § 1633 BGB wird die Personensorge der Eltern durch die Eheschließung Minderjähriger weitgehend eingeschränkt, weil insbesondere die Rechte zur Erziehung, Beaufsichtigung und Aufenthaltsbestimmung erlöschen. Minderjährige stehen nach der Heirat hinsichtlich der tatsächlichen Personensorge den Volljährigen gleich.“

Antwort auf Kleine Anfrage

Webcode 234840

## Reform des Lehrerausbildungsgesetzes 2016

### Gesetzentwurf neu gefasst

Ein Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen führt zu einer Modifizierung des Gesetzentwurfs zum Lehrerausbildungsgesetz (LABG). Dem Protokoll der Sitzung des Schulausschusses ist der modifizierte Gesetzentwurf zu entnehmen. Die durch den Änderungsantrag geänderten Passagen sind unterstrichen. Die Änderungen betreffen vor allem den sogenannten Nachteilsausgleich.

Beschlussempfehlung und Bericht

Webcode 234809

### Anhörung zur Gesetzesnovelle

Sechs Stunden dauerte die Anhörung im Schul- und im Wissenschaftsausschuss zur Novelle des Lehrerausbildungsgesetzes, über 90 Seiten dick ist das Protokoll. Die politische Debatte (einschließlich der Stellungnahme der GEW NRW) kann gut nachvollzogen werden.

Verhandlungspunkte und Ergebnisse der Anhörung

Webcode 234811

## Neue Eskalationsstufe bei Abi-Mottowoche

Die Opposition hinterfragt eine „Neue Eskalationsstufe bei Mottowoche der Kölner AbiturientInnen“. Der Antwort der Landesregierung sind eine Sachdarstellung sowie Überlegungen zu präventiven Maßnahmen zu entnehmen: „Welche Maßnahmen erachtet die Landesregierung für sinnvoll, um eine derartige Eskalation der ‚Abi-Streiche‘ künftig zu verhindern? Grundsätzlich geht die Landesregierung davon aus, dass neben der Aufarbeitung der Verantwortung für die diesjährigen Eskalationen alle präventiven Maßnahmen darauf gerichtet sein müssen, die vor Ort Verantwortlichen, insbesondere die SchulleiterInnen zu unterstützen. Nur im Zusammenwirken aller am Schulleben Beteiligten (...) wird es gelingen, einvernehmliche und von allen akzeptierte Lösungen für die letzte Schulwoche der AbiturientInnen zu entwickeln. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es hierbei insbesondere um schulaufsichtliche Beratung und Begleitung einzelner Gymnasien und Gesamtschulen beziehungsweise Absprachen in regionalen Schulleiterdienstbesprechungen unter Einbeziehung des Schulträgers und der Polizei – wie bereits in Köln geplant – gehen wird, insbesondere in den Regionen, in denen in diesem Jahr Eskalationen besonders häufig auftraten. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung wird diese Prozesse dadurch unterstützen, dass auf Landesdezentenkonferenzen dieses Thema aufgearbeitet und Verabredungen für präventive Maßnahmen getroffen werden.“

Antwort auf Kleine Anfrage

Webcode 234880



Um auf geschützte Dokumente zugreifen zu können, müssen Sie unter [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) angemeldet sein und in der rechten Spalte den Webcode des gewünschten Dokuments eingeben.

Benutzername: Ihr Nachname  
Passwort: Ihre GEW-Mitgliedsnummer

### Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/Dr.Tigges - Wikinger - TUI - Meiers-Weltreisen - Thomas Cook - Jahn - ITS - alltours - AIDA - DERTOUR - Nickotours - FTI - Schauinslandreisen - Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere **Sonderreisen** im Internet.

**Hotline:**  
**(0211) 29101-44/45/63 + 64**

**Noch Fragen?**  
**Unser Reisebüro ist**  
**von Montag bis Freitag,**  
**9.00-18.00 Uhr telefonisch,**  
**persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.**

## Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



### Sonderreisen

#### Dolce Vita am Gardasee 28.09.-05.10.2016

Spaziergänge an Seepromenaden, eine üppige Vegetation, die fast schon mediterrane Landschaft, das angenehme Klima und viel Kultur - das alles spricht für einen abwechslungsreichen Aufenthalt am Gardasee.

#### Reiseverlauf

1. Tag - Flug von Köln nach Mailand, Transfer zum Hotel
2. Tag - **Ausflugspaket Gardasee und Bootsfahrt nach Sirmione** - Sie erhalten Einblicke in die italienische Lebensweise, sehen verschiedene charakteristische Dörfer und genießen die Schifffahrt von Garda aus über den See.
3. Tag - Tag zur freien Verfügung
4. Tag - **Ausflugspaket Verona und Weinprobe im Valpolicellatal** - Bei der Stadtführung lernen Sie vormittags die Stadt von Romeo und Julia kennen. Für den Nachmittag ist ein Rundgang mit Weinverkostung in einem Weinkeller im Valpolicellatal geplant.
5. Tag - Tag zur freien Verfügung
6. Tag - **Ausflugspaket Bozen und Rittner Schmalspurbahn** - Nachdem Sie zuerst Bozen bei der Stadtführung gesehen haben, geht es von Oberbozen mit der historischen Bahn nach Klobenstein.
7. Tag - **Ausflugspaket Mantua und Reismühle** - Der Tag beginnt mit der Besichtigung von Mantua, deren Altstadt seit 2008 zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Weiter geht die Reise zu einer Reismühle nach Isola della Scala. Während der Besichtigung verkosten Sie dort einen typischen Risotto.
8. Tag - Transfer zum Flughafen Mailand und Rückflug nach Köln.

#### Eingeschlossene Leistungen

- Rail & Fly 2. Klasse
- Flug mit Germanwings von Köln nach Mailand und zurück
- Transfers laut Reiseverlauf
- 7 Übernachtungen/HP im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Begrüßungscocktail
- örtliche, deutschsprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer

Reisepreis p. Pers./DZ **ab 649,00 Euro**

Ausflugspaket zubuchbar **199,00 Euro**

(Eintrittsgebühren vor Ort zahlbar;  
circa 20,- Euro pro Person)

### Reise-Tipps aus den Katalogen der Reiseveranstalter\*

#### TUI\*

#### Besondere Unterkünfte in Deutschland

Es muss nicht immer der „große“ Urlaub sein, um neue Kräfte zu tanken oder etwas Besonderes zu erleben!

#### Hotel Weindorf/Weiskirchen/ Saarland (SCN59010)

Als erstes Weinfass-Hotel der Welt bietet es seinen Gästen gemütliche Fasseinheiten zum Übernachten. Genießen Sie die Natur pur - umgeben von drei Seen und einem Wald! Die komfortablen Doppelzimmer bestehen aus einem Schlaf- und einem Sanitärfaß mit Dusche/WC und Föhn sowie zusätzlichem Gartenanteil mit Terrasse.

Reisetermin zum Beispiel: 10.07.-14.07.16, Eigenanreise

Reisepreis p. Pers./DZ/ o.V. **ab 180,00 Euro**

#### Schlossvielfalt in Mecklenburg- Vorpommern (MVP 70060)

7-tägige Selbstfahrrundreise von der Müritz über Rügen bis an die mecklenburgische Ostseeküste. Entdecken Sie auf Ihrem Weg bedeutende Schlösser, Parks und Gärten und residieren Sie in romantischen Schlosshotels und imposanten Adelsbauten.

Reiseverlauf: Klink-Schloss Mirow - Putbus-Schloss Granitz - Schlossgut Groß Schwansee - Schloss Bothmer.

#### Eingeschlossene Leistungen

- 2 Ü/F Schlosshotel & Orangerie Klink\*\*\*\*
- 2 Ü/F Hotel Badehaus Goor \*\*\*\* in Putbus
- 2 Ü/F Schlossgut Groß Schwansee \*\*\*\*+
- je 1x Eintritt Schloss Mirow mit Schlosspark, Jagdschloss Granitz und Schloss Bothmer mit Schlosspark
- Schwimmbadnutzung der Hotels in Klink und Putbus
- Saunanutzung in allen Hotels
- Außenparkplatz
- WLAN/Wi-Fi im Schlossgut Groß Schwansee und im Badehaus Goor

Tägliche Anreise möglich bis zum 31.10.2016

Reisetermin zum Beispiel: 10.10.-16.10.2016

Reisepreis p. Pers./DZ/F **ab 466,00 Euro**

HP-Zuschlag p. Pers. **162,00 Euro**

## KindheitspädagogInnen: Chancen und Herausforderungen in der Praxis

Seit 2004 gibt es kindheitspädagogische Studiengänge in Deutschland. In NRW folgte 2015 das Gesetz zur staatlichen Anerkennung von KindheitspädagogInnen. Eine neue Berufsgruppe ist entstanden, die sich durch spezifische Kenntnisse im Bereich der Frühen Kindheit auszeichnet. Doch wie sieht es in der Praxis aus? Welche Chancen und Herausforderungen bietet der Einsatz von KindheitspädagogInnen hier? Unter dieser Leitfrage lädt die GEW NRW zu ihrer Tagung ein. In den Workshops geht es darüber hinaus auch um die tarifpolitische Perspektive: Wie soll die Bezahlung der KindheitspädagogInnen erfolgen? Die Tagung richtet sich an Studierende und AbsolventInnen der Kindheits-

pädagogik, ArbeitgeberInnen im Bereich der frühen Bildung und alle weiteren Interessierten.

Die Mitglieder des Fachgruppenausschusses sozialpädagogische Berufe und des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW NRW werden den TeilnehmerInnen den ganzen Tag für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen.

**Termin:** 04.06.2016, 10.00–15.15 Uhr

**Ort:** DGB-Haus, Arthur-Hauck-Saal, Friedrich-Ebert-Straße 34–38, 40210 Düsseldorf

**Kosten:** keine, Fahrtkosten müssen selbst getragen werden

**Infos und Anmeldung:**

[www.tinyurl.com/KindheitspaedagogInnen](http://www.tinyurl.com/KindheitspaedagogInnen)

## Pan y Arte: Reise nach Nicaragua

Pan y Arte bedeutet „Brot und Kunst“, denn die Kunst ist das Brot für die Seele. Geleitet von dieser Idee engagiert sich Pan y Arte e.V. vor Ort und reagiert mit seinen Bildungs- und Kulturprojekten insbesondere auf die Bedürfnisse jener Menschen, die von Armut betroffen sind. Im Mittelpunkt der Nicaragua-Reise steht der Besuch von Projekten, die seit mehr als 20 Jahren von Pan y Arte unterstützt werden: das Musikprojekt „Música en los Barrios“, die Deutsch-Nicaraguanische Bibliothek mit dem Bücherbus „Bertolt Brecht“ sowie das Internationale Kulturzentrum „Casa de los Tres Mundos“ in Granada und in Los Ángeles in der Region Malacatoya.

**Termin:** 09.–22.10.2016 (Ankunft in Deutschland am 23.10.2016)

**Kosten:** 1.820,- Euro pro Person im Doppelzimmer; Einzelzimmerzuschlag: 295,- Euro

### Reiseverlauf im Detail

**Tag 1:** Ankunft in Managua und Transfer zum Hotel

**Tag 2:** Managua – Projektbesuch – Stadtrundfahrt

**Tag 3:** Managua – Projektbesuch – León Viejo – León

**Tag 4:** León City-Tour – Las Peñitas – León

**Tag 5:** León – Naturschutzgebiet „Isla Juan Venado“ – León

**Tag 6:** León – Chichigalpa – Estelí

**Tag 7:** Estelí – Cañon de Somoto

**Tag 8:** Estelí – Masaya – Lagune von Apoyo – Granada

**Tag 9:** Granada City Tour – Casa de los Tres Mundos

**Tag 10:** Granada – Malacatoya – Granada

**Tag 11:** Granada – San Jorge – Moyogalpa – Playa Santo Domingo

**Tag 12:** Isla Ometepe

**Tag 13:** Ometepe – Granada

**Tag 14:** Transfer – Granada – Managua

### Inbegriffene Leistungen

- ◆ Übernachtungen in \*\*(\*)-Unterkünften
- ◆ Mahlzeiten wie im Programm beschrieben
- ◆ alle Transfers
- ◆ Ausflüge wie im Programm beschrieben inklusive Eintrittsgelder
- ◆ alle Projektbesichtigungen
- ◆ Begleitung einer deutschsprachigen Reiseleitung von Tag 2 bis 13

### Infos und ausführliches Programm:

Pan y Arte e. V.

Ulla Nimpseh-Wiesker

Tel.: 0251-4882050

E-Mail: [info@panyarte.de](mailto:info@panyarte.de)

[www.panyarte.de](http://www.panyarte.de)

## Spendenlauf für Bildung statt Kinderarbeit

Im Sommer und gerade zum Abschluss des Schuljahres führen viele Schulen Sportveranstaltungen durch – nicht selten verbunden mit einem sozialen Engagement. Die Sportkommission der GEW hat jetzt Infomaterial erarbeitet, das bei der Planung eines Spendenlaufs für die von der GEW gegründete Stiftung fair childhood hilft. Mit einem Spendenlauf können Schulen oder Klassen die Arbeit der Stiftung insgesamt oder auch ein einzelnes Projekt fördern und mitfinanzieren. Übrigens: Am 12. Juni 2016 ist der Welttag gegen Kinderarbeit – ein guter Anlass für einen Spendenlauf für fair childhood.

### Was macht fair childhood?

fair childhood unterstützt mit Spendengeldern Projekte von Partnergewerkschaften und Partnerorganisationen in anderen Ländern, die Kindern die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Bildung ermöglichen. Derzeit fördert und begleitet fair childhood Projekte in Albanien, Burkina Faso und Indien. Um diese Aufgaben fortsetzen zu können, ist die Stiftung kontinuierlich auf Spenden angewiesen.

### Einen Spendenlauf planen – aber wie?

Um den KollegInnen die Planung und Durchführung eines Spendenlaufs zu erleichtern, hat die GEW-Sportkommission wertvolle Hinweise und Vorlagen erarbeitet: Materialien zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung sowie Briefvorlagen mit Informationen über die Arbeit von fair childhood für das Kollegium, für Eltern, für UnterstützerInnen und für SchülerInnen jeder Altersstufe. Die Unterlagen sind digital erhältlich: [susanne.hemmerling@gew.de](mailto:susanne.hemmerling@gew.de). [www.fair-childhood.de](http://www.fair-childhood.de)

## Drag Kings & Queens: Cross Dressing in der Jugendarbeit

Der Workshop der FUMA Fachstelle Gender NRW soll Fachkräfte befähigen, mit Mädchen und Jungen in der pädagogischen Arbeit Übungen zum Überschreiten von starren Geschlechtergrenzen anzuleiten und durchzuführen und die Erfahrungen der Jugendlichen ohne Stereotypisierung zu reflektieren.

**Termin:** 17.06.2016, 10.00–16.00 Uhr

**Ort:** Evangelische Jugend Essen, III. Hagen 39, 45127 Essen

**Kosten:** 50,- Euro (inkl. Getränke)

**Infos:** [www.tinyurl.com/drag-kings-queens](http://www.tinyurl.com/drag-kings-queens)

## Ukraine: Solidarität mit den GewerkschafterInnen in Donezk

Seit dem Ende der Sowjetunion hat es einen engen Kontakt zwischen der Bochumer GEW und der Bildungsgewerkschaft in der Partnerstadt Donezk gegeben. Mit dem Ausbruch der Kämpfe in der Ost-Ukraine sind diese Kontakte abgebrochen und es gibt auch so gut wie keine Informationen über die Situation der LehrerInnen und ihrer Gewerkschaft in Donezk. Einige der KollegInnen haben jetzt die Initiative ergriffen und versuchen, Informationen zu erhalten und frühere Kontakte – auch zur Bildungsgewerkschaft in Moskau – wieder herzustellen.

Olena Petrenko vom Osteuropa Institut der Ruhr-Universität Bochum berichtet bei einem kollegialen Treffen über die aktuelle gesellschaftliche Situation in der Ost-Ukraine. Die TeilnehmerInnen versuchen Wege zu entwickeln, um Informationen zu bekommen, diese in den Gewerkschaften bekannt zu machen und Kontakte neu zu knüpfen oder alte zu beleben. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

**Termin:** 21.06.2016, 16.00 Uhr  
**Ort:** Bahnhof-Langendreer,  
 Raum 6, Wallbaumweg 108,  
 44894 Bochum

**Radurlaub**  
**Andalusien**  
 GENUSSRADELN MIT KULTUR  
 AM SCHÖNSTEN ORT SPANIENS  
[www.radurlaub-conil.com](http://www.radurlaub-conil.com)  
 Telefon: 0152 - 535 779 32

## Der Countdown läuft: Schülerwettbewerb KLASSE, KOCHEN!

Ran an die Töpfe: Noch bis zum 17. Juni 2016 können sich Schulen mit einem Kreativbeitrag beim Wettbewerb KLASSE, KOCHEN! bewerben und eine von zehn hochwertigen Lernküchen gewinnen. Teilnahmeberechtigt sind alle Schulen im Bundesgebiet. Voraussetzung ist ein mindestens 30 Quadratmeter großer Raum, der für den Einbau der Küche geeignet ist. Auch Schulen, die eine nachweislich über zehn Jahre alte Übungsküche besitzen, können mitmachen.

Bis zum 17. Juni reichen Schulen einen Kreativbeitrag zur Ernährungsbildung ein. Das diesjährige Motto lautet „Küche querbeet – Lecker aus Garten, Feld und Wald!“. Das Format kann frei gewählt werden. Aus den Einsendungen werden 25 Finalisten ausgewählt, die im zweiten Schritt ein Nutzungskonzept für die Küche erarbeiten. Eine Jury wählt daraus die zehn Gewinnerschulen aus, die eine Schulküche erhalten. Die Küchen werden für die Schulen kostenlos geplant und eingebaut.



Der Wettbewerb KLASSE, KOCHEN! wird ausgerichtet vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Fernsehkoch Tim Mälzer, der Bertelsmann Stiftung und dem Küchenhersteller Nolte Küchen. Er ist Teil von „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“.

**Infos und Bewerbungsunterlagen:**  
[www.klasse-kochen.de](http://www.klasse-kochen.de)



### Klasse Reisen. Weltweit.

z. B. **Dresden**  
 4 Tage inkl. Programm  
 Stadtrundgang uvm.  
 ab **144,- €**

z. B. **Mailand**  
 Flugreise 4 Tage  
 tolles Programmangebot  
 ab **172,- €**

z. B. **Hamburg**  
 5 Tage inkl. Prog.  
 & Ausflug nach Bremen  
 ab **124,- €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH  
 Herrengasse 2  
 01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter  
 Tel.: 0 35 04/64 33-0  
[www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)

**Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17**

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**  
 Glückszins Kredite für Sparfüchse  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)



Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel.: (0621) 478180-0  
 Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen:** Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker  
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate  
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

neue deutsche schule – ISSN 0720-9673  
 Begründet von Erwin Klatt

**Herausgeber**  
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
 Landesverband Nordrhein-Westfalen  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen

**nds-Redaktion**  
 Anja Heifel (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger,  
 Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz, Sabine Flügel  
 Freie Mitarbeit: Bert Butzke  
 Layout: Daniela Costa  
 E-Mail: [redaktion@nds-verlag.de](mailto:redaktion@nds-verlag.de)

GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351  
 E-Mail: [info@gew-nrw.de](mailto:info@gew-nrw.de)

Referat Rechtsschutz Durchwahl 0201-2940341

**Redaktion und Verlag**  
 Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH  
 Nünningstraße 11, 45141 Essen  
 Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314  
 Geschäftsführer: Hartmut Reich  
 E-Mail: [info@nds-verlag.de](mailto:info@nds-verlag.de)

**Herstellung**  
 Basis-Druck GmbH, Springwall 4, 47051 Duisburg

**nds-Anzeigen**  
 PIC Crossmedia GmbH  
 Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld  
 Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987  
 E-Mail: [anzeigen@pic-crossmedia.de](mailto:anzeigen@pic-crossmedia.de)

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.  
 Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 51 (November 2014).

Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: Saimen./photocase.de; Fotos im Inhaltsverzeichnis: marshi/photocase.de; markusspiske/photocase.de; DoubleMcK/photocase.de; samuelschalch/shutterstock.com; Suphaksom Fräulein.Palindrom/shutterstock.com

**nds-Zeitschrift und NDS-Verlag im Internet:**  
[www.nds.gew-nrw.de](http://www.nds.gew-nrw.de), [www.nds-verlag.de](http://www.nds-verlag.de)  
**GEW im Internet:** [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de)



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen,  
Nünningstraße 11, 45141 Essen  
Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt 5-2016



Tag der Arbeit 2016

### Raus zum 1. Mai!

In NRW nahmen unter dem Motto „Zeit für mehr Solidarität“ 95.000 Menschen an 76 Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zum Tag der Arbeit teil. Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW, bekräftigte als Hauptrednerin in Herne: „Die Gewerkschaften stehen dafür ein, Verfolgten Asyl zu gewähren. Wir setzen Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Hetze. Die Solidarität in Deutschland ist groß.“ Sie forderte den freien Zugang zu Bildung für alle Zugewanderten entsprechend ihres Lern- und Bildungsstands sowie mehr Ressourcen und Personal für die Schulen, die Weiterbildung und die kommunalen Integrationszentren. Dorothea Schäfer bewertete in ihrer Rede außerdem den aktuellen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen als ein „ordentliches Ergebnis“ und lobte die hohe Streikbereitschaft der Beschäftigten, die dem Ergebnis vorausgegangen war: „Die KollegInnen aus den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen, den Kitas, den Verwaltungen und dem Nahverkehr haben durch ihre Teilnahme an den Warnstreiks in den letzten Wochen bewirkt, dass das erste Angebot der Arbeitgeber deutlich verbessert worden ist!“

DGB NRW/GEW NRW

Fotos: S. Ziese (Herne), A. Hentzelt (Dortmund), DGB NRW (Bochum), DGB Ostwestfalen-Lippe (Herford)

